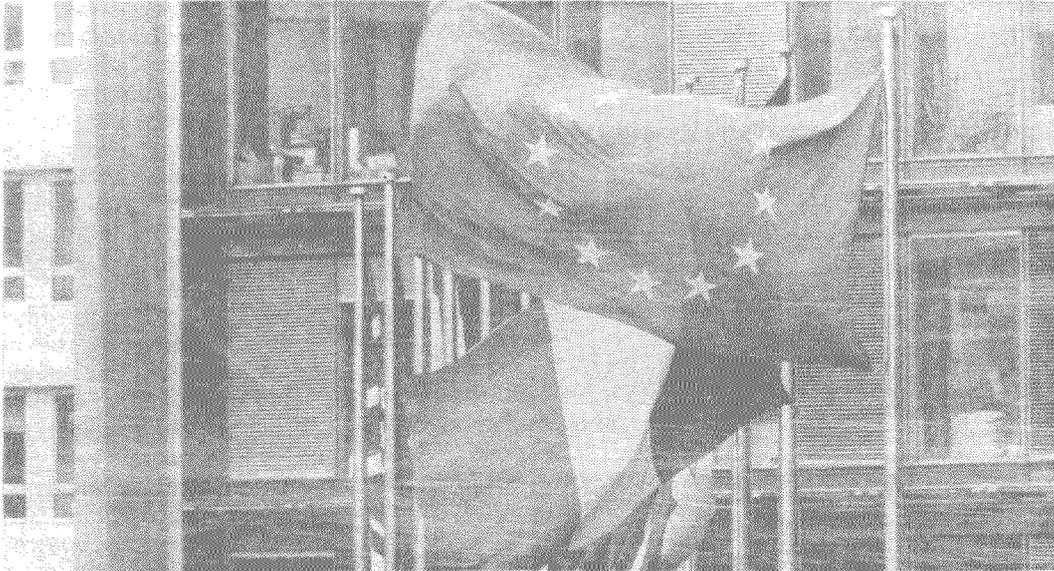


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
ofo Zeitschriften (Glattbrugg)

Auf ins Europajahr!



Auch die Schweiz ist auf gesamteuropäische Lösungen vieler Probleme angewiesen. Mitwirkung und Mitgestaltung im europäischen Raum sind eine Chance. (Photo Keystone)

Die Freisinnigen nehmen ihre staatspolitische Verantwortung wahr. In der Europafrage wollen sie nicht allein mit Schlagworten operieren. Als Vorbereitung auf die kommende Abstimmung über die EWR-Mitgliedschaft haben sie sich Anfang November mit den staatspolitischen Aspekten einer EWR- und einer allfälligen späteren EG-Mitgliedschaft befasst: eine Zusammenfassung in diesem «Freisinn».

AMK. Die Freisinnigen befassten sich nicht zum erstenmal mit der Europafrage. Neben zahlreichen Aktivitäten in Orts- und Kantonalparteien hat die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) das Thema national als erste Partei

an ihrem Parteitag 1990 in Glarus aufgegriffen. Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz informierte die Delegierten über den aktuellen Stand der Verhandlungen. Unter dem Titel «Europa 92» fand dann eine kontradiktorische Debatte statt, an der unter anderem alt FDP-Nationalrat Otto Fischer (BE) und der damalige FDP-Nationalrat und Präsident der Europaunion, Guy-Olivier Segond (GE), ihre Standpunkte darlegten. In der Folge wurde ein Papier verabschiedet, in dem die Freisinnigen ihre Erwartungen an einen EWR-Vertrag, der damals noch nicht vorlag, formulierten.

Nun liegt der EWR-Vertrag vor, der Bundesrat hat seine Marschrichtung bekanntgegeben, 1992 stimmen wir über die EWR-Mitgliedschaft ab. Frühzeitig hat sich die FDP mit den staatspolitischen Auswirkungen einer EWR-Mitgliedschaft befasst.

Lesen Sie ab Seite 5.

Die FDP nach der Wahl

AMK. Obwohl die Freisinnigen in der Bundesversammlung nach wie vor die stärkste Fraktion bilden, sei die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) mit dem Ergebnis der Wahlen 1991 nicht zufrieden, schreibt FDP-Generalsekretär Christian Kauter. Zu denken gibt ihm, dass im Vergleich zu den Wahlen 1987 jeder zwölfte FDP-Wähler abgesprungen ist. Insgesamt ist der Wähleranteil um 1,9 Prozent gesunken. Der FDP ist es offensichtlich nicht gelungen, neue Wählerschichten für sich zu gewinnen.

In seiner Analyse untersucht Christian Kauter die Behauptung, die Wahlen hätten einen deutlichen Rechtstrend erkennen lassen, und beleuchtet den Einfluss der Bundespolitik. Er stellt fest, dass die FDP ihre

gewonnenen Persönlichkeiten verdankt, welche bewusst welt-offen und liberal politisieren, und kommt zur Schlussfolgerung, dass insofern der Rechtstrend relativiert werden muss.

Zum Stichwort FDP und Kommunikation fordert Christian Kauter, dass die Freisinnigen die Kunst erlernen müssen, differenziertes auf einprägsame Kurzformeln zu bringen. Was die Kandidaten betrifft, regt der Generalsekretär an, kluge Köpfe auch ausserhalb der Parteistrukturen zu suchen.

Lesen Sie die Analyse und die Schlussfolgerungen ab Seite 10.

Inhalt

- Von einem Besuch des Bundesparteitags der FDP Deutschland lesen Sie Seite **9**
- Mit Reformen in Parlament, Regierung und Verwaltung befasste sich die FDP-Beamtenvereinigung. Lesen Sie Seite **13**
- Ausserschulische Betreuung: das Thema auf Seite **15**

Nachfolger für das unmöglichste Amt der Welt

Die Vereinten Nationen (Uno) wurden 1945 ins Leben gerufen, um Verderben von der Menschheit abzuwenden. «Wir, die Völker der Vereinten Nationen», wie es in der Präambel der Uno-Charta heisst, «(sind) entschlossen, die nach uns kommenden Geschlechter von der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat...» – Die Uno sucht jetzt einen neuen Generalsekretär. Die Rede ist von Butros Ghali.

◊ Jacques Baumgartner

«Ein machtloses Ritualtheater auf der Weltbühne» hatte Connor Cruise O'Brien einst die Vereinten Nationen bezeichnet. Und Trygve Lie, der erste Uno-Generalsekretär, nannte sein Amt das «unmöglichste auf Erden». (O'Brien war Anfang der sechziger Jahre Stellvertreter des damaligen Uno-Generalsekretärs Dag Hammarskjöld im Kongo gewesen.) Seit dem Krieg zur Befreiung Kuwaits ist die Uno nicht mehr derart machtlos, und ihre Rolle und Bedeutung dürfte in den nächsten Jahren an Gewicht gewinnen. Es ist nicht unwesentlich, wen die Uno-Generalversammlung zum neuen Uno-Generalsekretär kürt; die zweite fünfjährige Amtszeit von Javier Pérez de Cuéllar endet nämlich mit diesem Jahr.

Kriege nicht verhindert

Kriege konnten die Vereinten Nationen nicht, wie es sie sich bei ihrer Gründung vorgenommen hatten, verhindern, denn sie waren nicht vereint, sondern uneins. Die Welt war gespalten, sie war bipolar. Zwischen Ost und West herrschte kalter Krieg, der vorab in der Dritten Welt durch Stellvertreter auch heiss ausgetragen wurde.

Zu den grossen, potenten Ost-West-Blöcken gesellte sich die Bewegung der Blockfreien. Diese definierte sich aus den ideologischen, politischen und militärischen Gegensätzen zwischen den Vereinigten Staaten als dem An-

führer des Westens und der Sowjetunion als der östlichen, in ihrem Herrschaftsbereich auf Unterdrückung beruhenden Grossmacht. Zu den Supermächten wollten die Blockfreien «mehr oder weniger» gleichen Abstand halten. Die heute blocklos gewordenen Blockfreien verfügen in der Generalversammlung über zwei Drittel der Stimmen.

Wahl und Veto

Die in der Generalversammlung vertretenen Mitgliedstaaten wählen den neuen Uno-Generalsekretär. Aber der Kandidat muss vorher den fünfzehn Mitgliedern des Sicherheitsrates, vor allem den Ständigen Mitgliedern – Vereinigte Staaten, Sowjetunion, China, Frankreich und Grossbritannien – genehm sein. Sie haben sich unlängst für Butros Ghali ausgesprochen.

Diese fünf Ständigen verfügen über das Vetorecht. Der Einspruch eines der Ständigen Mitglieder bedeutet automatisch die Ablehnung des Kandidaten (beziehungsweise eines Antrages). In der Vergangenheit waren die fünf peinlich darauf bedacht gewesen, sich auf einen Uno-Generalsekretär zu einigen, von dem sie später möglichst wenig – oder überhaupt keinen – Widerstand und Widerspruch erwarten mussten.

Der kalte Krieg ist im November 1990 in Paris offiziell als beendet erklärt worden. Heute ist die Sowjetunion, ist der Kommunismus eine ungeheure Konkursmasse. Die Vereinigten Staaten sind die übriggebliebene Grossmacht.

Westeuropa könnte ebenfalls eine sein, aber wie der Krieg in Jugoslawien zeigt, ist Westeuropa ohnmächtig.

In dieser (Welt-)Lage hat, wie sich Präsident George Bush äusserte, «die Uno erstmals die echte Chance, der Uno-Charta Nachachtung zu verschaffen und die nach uns kommenden Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren...»

Kandidatenkür

Vertreter von damals erst fünfzig Nationen hatten im Januar/Februar 1946 in London auf der ersten Uno-Sitzung den Norweger Lie zum ersten Generalsekretär gewählt. Der Generalsekretär ist der höchste Beamte der Organisation. Er wirkt an allen Sitzungen der Generalversammlung und der verschiedenen Räte mit. Sein Einfluss hängt von seiner persönlichen Statur ab. Lie folgte der Schwede Hammarskjöld, danach folgten der Burmese U Thant, der Österreicher Kurt Waldheim und 1980 Pérez de Cuéllar.

Im Zentrum der Diskussion in New York standen Sadruddin Aga Khan und Butros Ghali als mögliche Nachfolger von Pérez.

Der 58jährige Sadruddin ist Sohn des legendären Aga Khan III.; er ist iranischer Staatsbürger und war schon Uno-Flüchtlingskommissar. Sadruddin hatte sich schon 1980 beworben, aber seine Wahl war am Veto der Sowjetunion gescheitert.

Der 69jährige Ghali ist stellvertretender ägyptischer Aussenminister. Er war engster Berater von Präsident Anwar el-Sadat während der Camp-David-Gespräche, die 1979 in den Frieden mit Israel mündeten. Für ihn machte sich bei den Regierungen der Ständigen Sicherheitsratsmitglieder der ägyptische Präsident, Hosni Mubarak, stark. Es heisst, Ghali, ein koptischer Christ, werde vor allem von Frankreich bevorzugt. Bedenken werden aber wegen seines Alters angemeldet.

Ein ungeschriebenes Gesetz schliesst Bewerber aus einem der fünf Ständigen Staaten aus. Dessenungeachtet figurieren auf der nichtoffiziellen Kandidatenliste der frühere amerikanische Präsident Carter, die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher und der im Dezember 1990 zurückgetretene sowjetische Aussenminister Eduard Schewardnadse.

Die Kandidatenliste wird von der nichtoffiziellen Vereinigung der Vereinten Nationen geführt. Auf dieser figurieren im weiteren der schwedische Volvo-Chef Gustaf Gyllenhammar, der indonesische Aussenminister Ali Alatas, der Generaldirektor des finnischen Aussenministeriums Artti Ahtisaari, der Nobelpreisträger und frühere costaricanische Präsident Oscar Arias Sanchez, der kanadische Millionär und Generalsekretär der Uno-Umweltkonferenz, Maurice Strong, der ghanesische Generalsekretär der Uno-Konferenz für Handel und Entwicklung, der sambische Finanzminister Bernard Chidseco, der ugandische Uno-Botschafter und Präsident der Internationalen Friedensakademie, Olaro Otunnu, der frühere nigerianische Generalpräsident Olusegun Obasanjo usw.

Afrika hat bis anhin keinen Uno-Generalsekretär gestellt. Es glaubt, diesmal Anspruch auf den Posten zu haben. Aber die Organisation für afrikanische Einheit (OAU) konnte sich nicht auf einen Kandidaten einigen.

Was die Vereinten Nationen heute und in den nächsten (fünf) Jahren vor allem brauchen werden, ist ein(e) Generalmanager(in), der (die) fähig ist zu reorganisieren, zu delegieren, Geld zu «mobilisieren» (bei den Mitgliedstaaten), um Frieden stiften und bewahren zu können, um die weltweiten, enormen wirtschaftlichen, sozialen und Umweltprobleme bewältigen zu können. Die einzelnen Staaten sind heute, angesichts der komplexen und miteinander verknüpften Probleme, die den Globus bedrohen, allein überfordert. □

Heinz Schlüssel: Am liebsten würde er eine schwere Dampflokomotive führen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet sich Ihre grösste Hoffnung?

Auf die Lernfähigkeit der jungen Generation.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Dass die Schweiz wirtschaftlich tendenziell auf einem Verliererkurs läuft.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Nutzbarmachung der Elektrizität. Entbehrlich? Spontan fällt mir nichts ein. Alles, was im freien Markt einen Platz findet, hat seine Berechtigung.

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Vielfalt der Regionen, Sprachen und Kulturen.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der schwindende Pioniergeist und die nach meinem Empfinden zunehmende Trägheit und Bequemlichkeit in fast allen Bereichen.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über die Minderheiten möglich?»



Zum 25-Jahr-Jubiläum der Tranela AG konnte Heinz Schlüssel (rechts) Nationalrat Dr. Peter Spälti (FDP/ZH) gewinnen. Ein geistvoller Dank war dem prominenten Gastreferenten sicher.

Nicht vorbehaltlos. Immer mehr Kleinstgruppen, die Interessenpolitik machen, hindern den Fortschritt.

Warum sind Sie bei der FDP?

Weil ich in der FDP die Leute finde, mit denen ich gut zusammenarbeiten und etwas erreichen kann.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Dem deutschen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Wenn sie oder er konsequent nach der vertretenen Haltung lebt.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Ein gesundes Rollenverständnis in der Gesellschaft sollte

Vorrang haben gegenüber einer vorbehaltlosen Gleichstellung.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Offensichtliche Schwächen sehe ich abwechslungsweise

Kurzbiographie

Heinz Schlüssel

Zur Person: Aufgewachsen bin ich am Zürichsee und im Zürcher Oberland. Teilweise beruflich bedingt, teilweise aus meiner persönlichen Offenheit folgten mehrere Stationen, so dass ich mich an keine Region oder Gegend gebunden fühle. Die Tätigkeit in der Armee hat mir viel bedeutet. Den wichtigsten Bezugspunkt finde ich in der Familie mit meiner sehr verständnisvollen Frau und meinen beiden technisch begabten Söhnen.

Alter: 51.

Berufliche Stationen: Ausbildung als El.-Ing. HTL, ver-

in meinem manchmal fast unbegrenzten Optimismus und in der Eigenart, immer rasch zu handeln. Durch Warten auf den richtigen Zeitpunkt wäre die eine oder andere Lösung leichter zu erreichen gewesen. Meine Stärken sehe ich in der Lust zu arbeiten und im Durchhaltevermögen.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Keines.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Leider nicht sehr viel. Immerhin schwimme ich regelmässig und marschiere zügig.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Eine schwere Dampflokomotive führen.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie gerne kennenlernen und warum?

Stephan Schmidheiny. Er ist für mich das Idealbild des erfolgreichen Unternehmers, insbesondere weil er ohne Schlagzeilen und ohne Profilierungskult auskommt. □

schiedene Tätigkeiten und Führungsfunktionen in der Elektroindustrie. Heute bin ich tätig als Geschäftsführer der Tranela AG, Transformatoren und Apparatebau in Schlieren.

Politischer Werdegang: Werdegang ist etwas zu hoch gegriffen. Meine politische Motivation liegt darin, dass ich mich in irgendeiner Form verpflichtet fühle, etwas für unsere Gesellschaftsordnung zu tun. In der FDP Bassersdorf bin ich seit 1986 im Vorstand, seit 1990 Präsident.

Liebste Tätigkeit: Es fällt mir schwer, eine Wahl zu treffen. Ich liebe es vor allem, immer wieder neue Aufgaben anzupacken. □

Wiederholungen und Fehlteile

«Der leergeglaubte Staat»: Unter diesem Titel ist eine Dokumentation zur Kulturboykottdebatte erschienen.* Ich musste am Schluss einer langen Lektüre mit sich wiederholenden Behauptungen und Fehlteilen über die Geschichte der Schweiz, aber auch nach den Beiträgen zum Kapitel: «Schweiz? Wenn ja, was für eine?» mit Paul Valéry sagen: «Denken? Denken! Das heisst den Faden verlieren.»

Ständerat Andreas Iten (ZG)

Da verloren sich Kulturschaffende, die sich zu den besten des Landes zählen, in Denkübungen, die weder neue Ideen noch Visionen hervorbrachten. Das Nein zur Geschichte rächt sich. Ideen und Visionen über die Gestaltung des Staates lassen sich nicht «erhirnen». Adolf Muschg seufzte, als er keine griffigen Antworten über die Schweiz der Zukunft fand, und meinte, man habe es vor einem Jahr noch leichter gehabt und habe in plastischen Verhältnissen gelebt, weil der Schatten (der Fichen) auf die anderen gefallen sei. Aber jetzt müsse man abwarten und – ich nehme an – die Verlegenheit aushalten.

Niemand verlangt von Kulturschaffenden Ideen über die Zukunft der Schweiz. Sie werden erst dann der Kritik ausgesetzt, wenn sie den Anspruch stellen, sie hätten Antworten zu geben. Max Bill musste seinen Kolleginnen und Kollegen zurufen, die Schweiz sei nicht so leer, dass da keine Opposition bestehe. Und in der Tat, es gibt sie.

Nachsager

Was bei der Lektüre des Buches auffällt, ist die Tatsache, dass die kritischen Geister schnell und eifertig zu Nachsagern werden. Nicht dass es mich stört, wenn plötzlich alle vom «Abfeiern» der Schweiz reden. Diese Kulturboykott-Wortschöpfung lässt sich mit anderen Sprachver-

hörungen noch ertragen. Es gibt schlimmere. Mehr stört mich, wenn Linksintellektuelle einem Niklaus Meienberg oder Hans Saner nachsagen, 1291 sei kein Schlüsseldatum. Man solle das Jahr 1848 oder 1798 feiern.

Im Meienbergschen Originalton klingt das: «Also noch acht Jahre warten und dann 1798 feiern, was praktisch wäre: 200-Jahr-Feier des Untergangs der Alten Eidgenossenschaft und 150-Jahr-Feier

der Bundesverfassung von 1848. Beide Daten gehen die ganze Schweiz, und zwar die von heute, etwas an, und nicht nur die Innerschweizer Waldmannli... Unsere Freiheiten kamen nicht aus der Innerschweiz, sondern halt eben leider aus Paris, das hat sich langsam herumgesprochen. Ein Geschichtsbuch auf dem Nachttischchen von Caviglioglio wäre nicht schlecht.»

Sie lesen richtig: Caviglioglio. Das ist ein billiger Spass, bar jeder Kreativität. Die Version von Meienberg übernahm auch der Philosoph Arnold Künzli und in seinem Schlepptau die ganze Mannschaft der linken Intelligenzler.

Neueste Forschung

Die arrogante Belehrung des Bundespräsidenten, er solle die Geschichte studieren, fällt auf Niklaus Meienberg zurück. Er kennt die neueste Forschung über den Weg der Eidgenossenschaft nicht. Dass Wilhelm Tell eine Fabel oder ein Märchen sei, wusste schon Goethe. Er berichtete darüber 1797 in einem Brief an Schiller. Was Goethe nicht wissen

konnte, war die spannende und interessante Geschichte des Ursprungs der Schweiz, die ohne jede Dramatik zu den beispielhaften Vorgängen im damaligen Europa zu zählen ist.

Was in Bauernkriegen immer wieder versucht wurde, nämlich das Herrenrecht in Landesrecht zu verwandeln, gelang unseren Vorfahren. Es dauerte fünfhundert Jahre, bis im übrigen Europa die ständische Ordnung gebrochen wurde. Den Eidgenossen gelang es schon im 14. Jahrhundert, diese angeblich gottgewollte Ordnung, die die Menschheit in Adel, Klerus und Bauern einteilte, zu beseitigen.

Die Geschichte der Schweiz nachzulesen, wie sie heute geschrieben werden kann, müsste linksintellektuelle Basissozialisten entzücken. Und ich wette, wenn sich die neuesten Ergebnisse dieser Forschung bis zu Niklaus Meienberg durchgesprochen haben, werden sie zum Arsenal, mit dem man gegen das vereinigte, mit dem Brüsseler Gesslerhut geschmückte Europa schiessen kann. □

Die Werte der Schweizer

In welche Richtung haben sich die Wertvorstellungen der Schweizerinnen und Schweizer verändert? Welchen Stellenwert haben traditionelle Werte wie Neutralität, Freiheit, Heimat und deren Verteidigung? Wieviel Vertrauen genießen politische Institutionen wie z. B. der Bundesrat, die Kantonsregierungen, die Polizei, die Justiz, das Parlament?

Anna-Marie Kappeler

Diese und andere Fragen werden in einer Studie, die unter dem Titel «Die Werte der Schweizer»* erschienen ist, auf rund 400 Seiten von vier Politologen der Universität Genf und einem Theologen gestellt und ausführlich beantwortet.

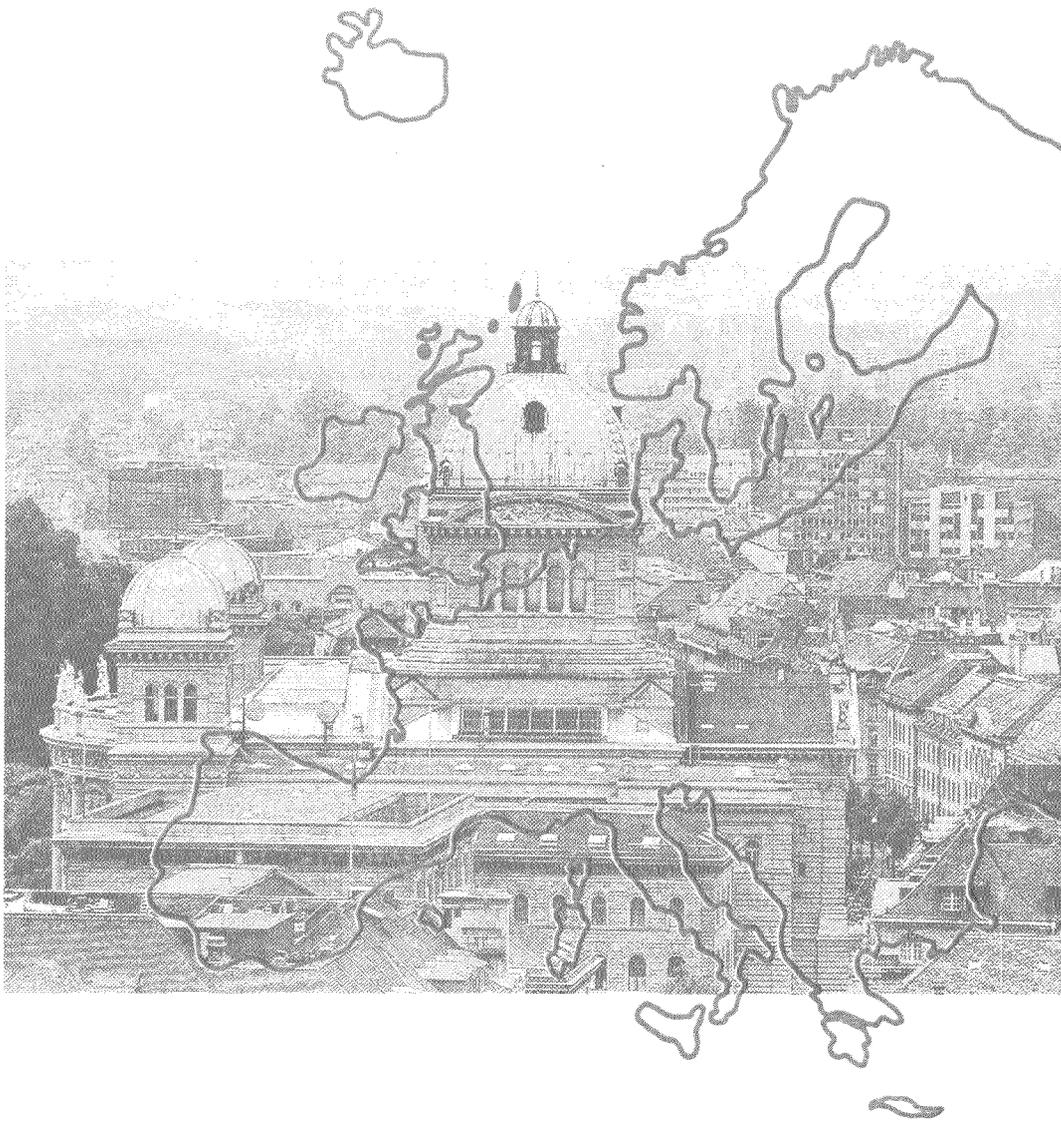
Ausgangspunkt der Wissenschaftler ist die Erkenntnis, dass Wertvorstellungen und die Rangordnung der Werte unser Handeln entscheidend beeinflussen. Angesichts unserer heutigen informations-

überfluteten und schnellebigen Zeit sind Werte als Orientierungshilfen besonders wichtig. Wie steht es nun um die wertemässige Einstellung der Schweizerinnen und Schweizer? Die Studie stellt einen Wandel von den materiellen Werten zu Werten, die einen höheren Grad an Selbstverwirklichung gestatten, fest. Dadurch hat sich die Bindung der Schweizer, vor allem die der jüngeren Generation, an traditionelle Werte gelockert. Das Vertrauen in die politischen Institutionen ist aber immer noch sehr gross, es hat sich über einen längeren Zeitraum hinweg nicht verändert. Weniger Vertrauen bringen die

Schweizer der Presse oder dem Fernsehen entgegen. – Die Analyse des Zugehörigkeitsgefühls verstärkt den Eindruck eines Grabens zwischen verschiedenen Sprachregionen. Die minoritären Westschweizer und Tessiner scheinen mehr und mehr die Differenzen zu spüren, die sie von der Deutschschweizer Mehrheit trennen. Die Westschweizer und die Tessiner betrachten heute die Deutschschweizer mit sehr viel mehr Misstrauen als früher. Doch drückt sich dieses Misstrauen eher durch die Behauptung der sprachlichen Identität aus als durch die Konkretisierung neuer Werte im Innern der Eidgenossenschaft. Allen interessierten Zeitgenossen bietet die Studie Gelegenheit, persönliche Einschätzungen und Meinungen mit einer auf Umfrageergebnissen basierenden Beschreibung der Werteordnung der Schweizer zu vergleichen, und leistet damit eine anregende Auslegeordnung. □

* Fredi Lerch (Hrsg.) u. a.: «Der leergeglaubte Staat». Rotpunkt-Verlag, Fr. 29.80.

* Anna Melich (Hrsg.): Die Werte der Schweizer. Lang-Verlag, Bern 1991, Fr. 48.–.



1992 wird für die schweizerische Innenpolitik ein Europajahr werden. An einer Studientagung haben sich die Freisinnigen intensiv mit den staatspolitischen Auswirkungen einer EWR-Mitgliedschaft befasst. (Collage Stahl/AMK)

«Die staatspolitischen Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz»: das war das Thema einer Studientagung Anfang November in Bern, zu der die FDP Mitglieder verschiedener Ausschüsse, die eidgenössischen Parlamentarier sowie die Präsidenten und Sekretäre der Kantonalparteien eingeladen hatte. Rund sechzig Freisinnige waren der Einladung gefolgt. Acht hochkarätigen Referaten (siehe Kasten auf Seite 6) folgten intensive Diskussionen in Arbeitsgruppen zu den Themen Neutralität, Kantone, Volksrechte, Regierungssystem/Parlament, Rechtspflege, Konsequenzen gegenüber Drittstaaten. – Tagungsleiter Ständerat René Rhinow (BL) fasst die Ergebnisse zusammen.

Mitwirkung und Mitgestaltung als Chance

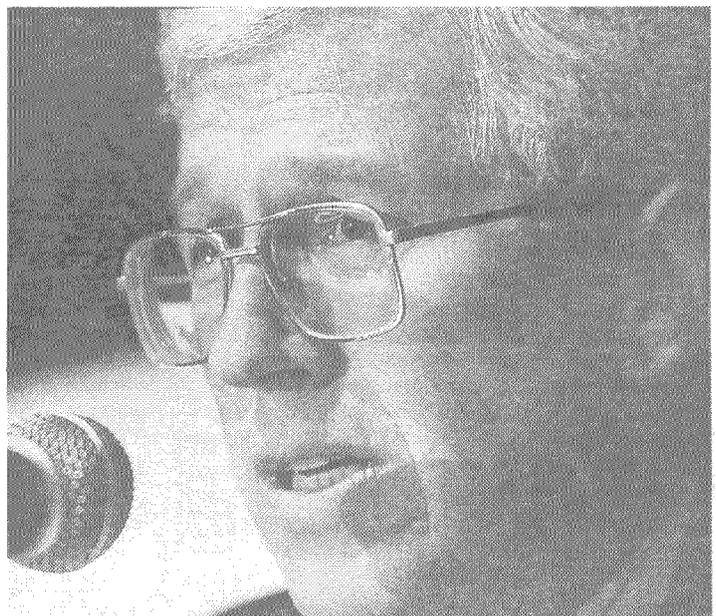
Ständerat René Rhinow

● Staatspolitische Fragen unterschiedlichen Ausmasses einer EWR- und einer allfälligen späteren EG-Mitgliedschaft stellen sich vor allem in den Bereichen Autonomieverlust des Bundes, Föderalismus, Autonomieverlust der Kantone, Volksrechte (Initiative und Referendum), Strukturen, Kompetenzen und Arbeitsweise von Bundesversammlung und Bundesrat, Rechtspflege, Neutralität, Beziehungen zu Drittstaaten, Identität der Schweiz.

● Die staatspolitischen Aspekte sind mit einer gewissen Nüchternheit, Unvoreingenommenheit und Rationalität anzugehen. Sie dürfen nicht Populisten und Angstmachern überlassen werden.

● Es sollen nicht nur Gefahren und Risiken, sondern vor allem auch die Chancen der Mitwirkung und der Mitgestaltung einer im Aufbau befindlichen Gemeinschaft hervorgehoben werden. Auch die Schweiz ist auf gesamteuropäische Lösungen bei vielen politischen Problemen angewiesen. Die hohe Bedeutung von Föderalismus und Demokratie in einer künftigen EG muss uns beschäftigen. Unsere längerfristigen sicherheitspolitischen Interessen tendieren auf eine kollektive Einbindung europäischer «Grossmächte».

● Es ist falsch, die heutige Schweiz mit der heutigen EG vergleichen zu wollen. Ein Beitritt zur gegenwärtigen EG



Ständerat René Rhinow: «In der nun anlaufenden Diskussion ist nicht gebannt auf ein mögliches Volks-Nein zu blicken, sondern für ein Ja mit Überzeugung zu kämpfen.» (Photo ruti)

Fortsetzung auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 5

steht nicht zur Diskussion. Beide verändern sich so oder so. Die richtigen Fragen lauten: Wie soll die EG aussehen, damit wir Platz haben können, und was können wir dafür tun? Was bedeutet der sogenannte Alleingang für uns künftig, und welche staatspolitischen Herausforderungen ergeben sich daraus?

● Eine EWR- und EG-Mitgliedschaft tangiert die Volksrechte, aber mit wenigen Ausnahmen nur auf Bundesebene, und hier sind nach heutigem Wissensstand weit unter fünfzig Prozent aller zur Zeit der Volksabstimmung offenstehenden Materien betroffen.

● Es ist daher falsch, von einer «Abschaffung» der Volksrechte wegen der EG zu reden. Zudem können die Volksrechte in den verbleibenden Zuständigkeiten aktualisiert und attraktiver ausgestaltet werden. Wo ein landesinterner Entscheidungsspielraum besteht,

soll das Referendum weiterhin beibehalten werden.

● Auch Parlament und Regierung müssen handlungsfähiger und deshalb reformiert werden. Am Zweikammersystem und an kollegialen Führungsstrukturen soll jedoch nicht grundsätzlich gerüttelt werden.

● Die Justiz weist ebenfalls einen Reformbedarf auf, insbesondere beim Bundesgericht und bezüglich Verfassungsgerichtsbarkeit. EWR-/EG-Recht wird Vorrang vor dem landesinternen Recht geniessen.

● Es ist jedoch herauszustreichen, dass im Bereich von Volksrechten, Parlament, Regierung und Justiz heute schon ein grosser Reformbedarf besteht, der hausgemacht ist. Es ist nicht gerechtfertigt, diese Reformen schwergewichtig auf einen EWR-/EG-Beitritt zurückzuführen.

● Der Föderalismus und die Stellung der Kantone werden (insbesondere im EWR) in der Substanz kaum berührt. Einzig

das Problem der Ergänzungsleistungen muss unbedingt gelöst werden. Hingegen ist die Mitwirkung der Kantone bei der Weiterentwicklung des EWR-/EG-Rechts sicherzustellen.

● Die Neutralität muss entmythologisiert werden. Sie ist Instrument, nicht Ziel der Aussenpolitik. Wir müssen deshalb zuerst unsere aussenpolitischen Ziele definieren. Die Neutralität kann zudem nicht nur autonom deklariert werden; sie bedarf der Anerkennung durch die Völkergemeinschaft. Diese ist in Zukunft nicht gesichert. Eine EWR-Mitgliedschaft bedingt jedenfalls keinen Verzicht auf die Neutralität.

● In der nun anlaufenden Diskussion ist nicht gebannt auf ein mögliches Volks-Nein zu blicken, sondern für ein Ja mit Überzeugung zu kämpfen. □

Politische Rundschau

Die Referate, die an der FDP-Tagung «Staatspolitische Aspekte eines EWR-/EG-Beitritts der Schweiz: Einflüsse und Impulse» gehalten wurden, werden in der nächsten Politischen Rundschau Nr. 3/4 1991 veröffentlicht und sind ca. Mitte Dezember auf dem FDP-Generalsekretariat in Bern erhältlich.

An der Tagung sprachen folgende Referenten: Prof. Dietrich Schindler (Zollikon), FDP-Regierungsrat Eric Honegger (Rüschlikon), FDP-Ständerat Prof. Rico Jagmetti (Zürich), Prof. Georg Müller (Untererlinsbach), Prof. Rainer Schweizer (St. Gallen), Matthias Kummer, Direktor Wirtschaftsförderung (Zürich), Dr. Hugo Bütler, Chefredaktor NZZ (Zürich), und Prof. Georg Kreis (Basel).

Informationsmöglichkeiten

Das Integrationsbüro in Bern stellt kostenlos eine Reihe von Informationsmöglichkeiten zur Verfügung, die wir hier vorstellen. Die Druckergebnisse können bei untenstehender Adresse schriftlich bestellt werden (Lieferfrist: etwa 20 Tage). Machen Sie von dieser Informationsmöglichkeit für sich persönlich, für ihre Orts- oder Kantonalpartei Gebrauch!

● Broschüre

«Der schweizerische Weg in die europäische Zukunft»

32 Seiten stark, Format 210x270 mm, reich illustriert, erhältlich in deutscher, französischer, italienischer und romanischer Sprache.

Die Broschüre dient als Basisinformation über:

Die Europäische Gemeinschaft.

Beziehungen Schweiz - Europäische Gemeinschaft.

Europäische Freihandelsassoziation (EFTA).

Europäische Freihandelsassoziation - Europäische Gemeinschaft.

Europäische Integration - Die drei Optionen.

Anderere europäische Organisationen.

● Informationsfilm

«Europa live»

VHS-Video-Film, Dauer etwa 15 Min.

Der Kurzfilm schildert die Geschichte eines Geschäftsmannes in einem Hotelzimmer. Auf der Suche nach einem «interessanten» Fernsehprogramm zappt er mit der Fernbedienung von einem Sender zum anderen und wird immer mit Reportagen, Interviews und Livesendungen konfrontiert, die von der europäischen Integration handeln. Seine Kommentare und Überlegungen entwickeln sich zu einem inneren Dialog über die Rolle der Schweiz im zukünftigen Europa.

Bitte bestellen Sie den Videofilm über das Sekretariat,

Telefon: (031) 61 26 38/61 22 56.

● Integrationsberichte

Informationsberichte des Bundesrates über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess vom:

24. August 1988, 26. November 1990.

● Merkblätter

Landwirtschaft, Zoll- und Ursprungsfragen, Staatliche Beihilfen, Öffentliches Auftragswesen, EWR - Freier Kapitalverkehr, Lex Friedrich, EWR - Freizügigkeit der Finanzdienstleistungen, Die Institutionen im EWR, EWR - Verhandlungsgruppe IV: Horizontale und flankierende Politiken-übersicht, Konsumentenschutz, Gesellschaftsrecht, Forschung und Entwicklung (F+E), Sozialpolitik, Der freie Personenverkehr, Gegenseitige Anerkennung der Diplome, Erasmus, Die Europäische Gemeinschaft und der Sport, Der Europäische Wirtschaftsraum (Chronologie).

● CH-Euro-Bulletin

Mitteilungsblatt des Integrationsbüros zum aktuellen Geschehen. Hintergrundinformationen, Termine, neue Informationsmittel.

Gratisabonnement, etwa 10 Ausgaben/Jahr. Zweisprachige Publikation (d/f).

● Informationsunterlagen

Die folgenden Unterlagen sind gemäss dem aktuellen Stand und ihrer Verfügbarkeit erhältlich.

Berichte, Erklärungen und Pressemitteilungen von politischen Behörden.

Die europäische Integration und ihre Auswirkungen auf den schweizerischen Föderalismus.

Das Verhältnis zwischen Völkerrecht und Landesrecht im Rahmen der schweizerischen Rechtsordnung.

Statistische Grundzahlen.

Europa-Umfrage des Integrationsbüros vom März 1991.

Aktualisiertes Literaturverzeichnis zum europäischen Integrationsprozess aus Schweizer Sicht.

Kopiervorlagen für Folien.

Bitte bestellen Sie bei folgender Adresse:

Integrationsbüro EDA/EVD, Sektion Information, Bundeshaus Ost, 3003 Bern

Legen Sie Ihrer Bestellung eine Klebeetikette mit Ihrer Adresse bei. □

«Erstarrt nicht. Korrigiert nicht. Wagt!»

Trotz allen politischen Unkenrufen haben sich die Minister der zwölf EG- und der sieben EFTA-Staaten in Luxemburg auf den EWR-Vertrag geeinigt. Die Bundesräte Delamuraz, Felber und Ogi wagten einen ersten Schritt der schweizerischen Annäherung an Europa und kamen daher nicht mit leeren Händen nach Hause zurück.

**Nationalrat
Ernst Mühleemann (TG)**

Das Geduldspiel bei den EWR-Verhandlungen beendete Bundesrat Adolf Ogi im Flughafen von Eindhoven, als er einen für uns vorteilhaften Transitvertrag durchsetzte und damit auch den Weg für die Neat-Vorlage ebnete. Den zweiten Stolperstein beseitigte Staatssekretär Franz Blankart im Palais Berlaymont von Brüssel, indem er beim Nachvollzug der EWR-Richtlinien ein wirksames Vetorecht erzwang, so dass die Referendumsdemokratie auch beim EWR-Vertrag spielt.

Politiker und Wirtschaftsführer sollten sich über solche Verhandlungserfolge endlich freuen und nicht ständig an allem und jedem herumäkeln und damit Totengräberei an unserer Europapolitik betreiben. Schweizerische Aussenpolitik ist ein subtiles Spiel mit einem stärkern Partner und kann deshalb nicht im «Hauden-Lukas-Stil» innerschweizerischer Auseinandersetzungen ausgetragen werden.

Sinnvoller Mittelweg

Der EWR-Vertrag öffnet einen sinnvollen Mittelweg zwischen langfristig gefährlicher Isolation und kurzfristig risikoreichem Vollbeitritt zur EG. Wer das jetzt entstandene zweijährige Verhandlungswerk ablehnt, verkennt die Tatsache, dass jede Alternative ungünstiger und unberechenbarer ist.

Wir befinden uns in schlechter wirtschaftlicher Verfassung im Rahmen eines besorgniserregenden Nullwachstums und brauchen neue ökonomische Impulse. Es sind dazu die Synergieeffekte einer engen Zusammenarbeit im grössten Binnenmarkt der Welt notwen-

dig, denn im Alleingang können wir die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht verbessern und uns so aus eigener Kraft europatauglich machen. Politisch stellt die Schweiz mit direkter Demokratie, immerwährender Neutralität und föderalistischer Struktur einen Sonderfall dar und sollte deshalb nicht jeden Preis eines Vollbeitritts zur EG bezahlen. Dies dürfte erst dann möglich sein, wenn sich in der EG demokratischeres Verhalten durchsetzt. Föderalismus an die Stelle von Zentralismus tritt und ein verlässliches europäisches Sicherheitssystem entsteht.

In dieser Beziehung schafft der EWR-Vertrag den Zustand eines zugewandten europäischen Ortes und erlaubt die Vorbereitung eines EG-Beitritts-gesuches. Der EWR-Vertrag bringt uns da-

mit wirtschaftliche Vorteile, ohne dass wir gravierende politische Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Viele Vorteile

Leider wurden in den vergangenen Jahren die Vorteile des EWR-Vertrages so heruntergespielt, dass wir sie neu entdecken müssen. Es ist wichtig zu wissen, dass die landwirtschaftlichen Fragen ausgeklammert bleiben, dass man uns kein Steuersystem von aussen aufzwingen kann und dass wir ohne Zollunion im globalen Rahmen selbständige Handelsverträge abschliessen dürfen. Im Bereich der Einwanderungspolitik und beim Grundstückhandel mit Ausländern erlauben fünfjährige Übergangsfristen eine Neukonzeption hängiger Probleme. Die Qualität unserer ökologischen Politik wird nicht vermin-



Nationalrat Ernst Mühleemann: «Leider wurden in den vergangenen Jahren die Vorteile des EWR-Vertrags so heruntergespielt, dass wir sie neu entdecken müssen.» (Photo ruti)

dert, da die EG bereit ist, das Schutzniveau nach oben zu verbessern.

All diese Errungenschaften sind Ergebnisse einer hartnäckigen und geschickten Verhandlungstaktik unserer Unterhändler, die deshalb anstatt Schelte auch einmal Dank verdienen.

Selbst in der umstrittenen Mitwirkungsfrage sind akzeptable Lösungen vorhanden, wenn man nicht auf einem völlig unrealistischen Mitbestimmungsrecht besteht. Beim Nachvollzug des EWR-Rechtes erhalten unsere Unterhändler in den gewünschten Expertengruppen volles Informations-, Mitsprache- und Initiativrecht und können damit brauchbare Kompromisse aushandeln.

Im Falle wichtiger Vorbehalte besteht ein Vetorecht, das eine interne schweizerische Beschlussfassung im Parlament und beim Volk gestattet. Der einzige Schönheitsfehler liegt darin, dass man mit dieser Notbremse auch die übrigen EFTA-Staaten blockiert.

Immerhin dürfte ein solches Vetorecht bei kündbarem Vertrag ebenso viel Wert haben wie die Mitbestimmung in der unkündbaren Vollmitgliedschaft, wo man relativ leicht in definitiver Weise überstimmt werden kann.

Gute Ausgangslage

Nach den jüngsten Meinungsumfragen steht eine Mehrheit von fast sechzig Prozent des Volkes dem EWR-Vertrag positiv gegenüber. Auch zahlreiche Vertreter des Eidgenössischen Parlamentes und der kantonalen Regierungen haben sich wiederholt zugunsten einer solchen Mittellösung ausgesprochen.

Angesichts dieser Ausgangslage ist eine positive Volksabstimmung am 6. Dezember 1992 möglich, wenn sich alle politischen Exponenten mutig engagieren. Es braucht dafür allerdings eine Grundhaltung, wie sie Friedrich Dürrenmatt in seinem letzten Gedicht ausgesprochen hat: «Nur beim Weitergehen kommst du irgendwohin. Erstarrt nicht. Korrigiert nicht. Wagt!»

LFSA

Kein Verzicht auf Nachtarbeitsverbot

Über hundert Frauen des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) trafen sich in Basel zu ihrer diesjährigen Frauenkonferenz. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Referat von Franziska Gambirasio, Grossrätin Basel, mit dem Titel: «Mit Männerförderung zur Gleichberechtigung?»

Die LFSA-Frauen sind von der Notwendigkeit der Sonderenschutzbestimmungen für Frauen im schweizerischen Arbeitsgesetz überzeugt. Das IAO-Übereinkommen Nr. 89 untermauert das Nachtarbeitsverbot für Frauen in der Industrie. Der Druck aus Wirtschaftskreisen gegenüber dem Bundesrat, dieses Übereinkommen zu kündigen, ist gross. Die LFSA-Frauen befürchten, dass der Gleichheitsartikel in der Bundesverfassung dazu herhalten muss. Schutzbestimmungen für die Frauen abzuschaffen. Ungeachtet des Geschlechts sind alle Arbeitnehmer vor gesellschaftlichen und gesundheitlichen Schädigungen der Nachtarbeit zu schützen.

In einer Resolution fordert die Frauenkonferenz den Bundesrat auf, von einer Kündi-

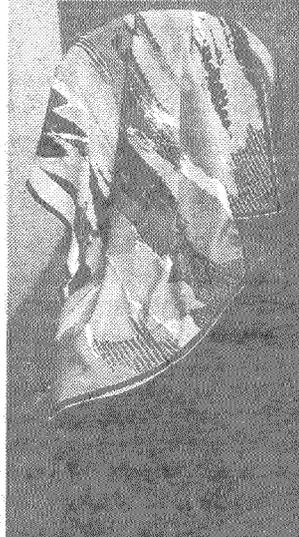
gung des Übereinkommens Nr. 89 der internationalen Arbeitsorganisation abzusehen. Die nächste Kündigung wäre in zehn Jahren wieder möglich. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, diese Zeit zu nutzen.

Ja zum EWR

Der Zentralvorstand des Landesverbandes freier Schweizer Arbeitnehmer (LFSA) nahm an seiner ordentlichen Herbstsitzung mit Genugtuung vom erfolgreichen Abschluss der EWR-Verhandlungen Kenntnis. Ein einheitlich geregelter europäischer Binnenmarkt ist aus der Sicht der Arbeitnehmerschaft zu begrüssen, hinsichtlich fortschrittlicher Mitwirkungs- und Sozialrechte. Verbesserungen ergeben sich auch für die Konsumenten, vorab im Wettbewerbs- und Kartellrecht. Der EWR ist Chance und Herausforderung zugleich, ohne auf unsere tradierten Werte verzichten zu müssen.

Bezüglich eines späteren EG-Beitritts zeigte sich der LFSA-Zentralvorstand zurückhaltend. Es gelte nun, zuerst einmal Erfahrungen und Erkenntnisse aus einem EWR-Vertrag zu sammeln, bevor bereits zum heutigen Zeitpunkt über das weitere Vorgehen befunden wird. □

Elegantes Accessoire



Weiss, blau, rot – in ihren Farben hat die FDP ein neues Foulard kreiert. Aus reiner Seide, versteht sich. Als elegantes Accessoire setzt es Ihrem Mantel, Ihrer Bluse den modischen Farbtupfer auf. Bestellen Sie es, solange der Vorrat noch reicht!

Kostenpunkt: Fr. 50.–

Ja, ich bestelle _____ Exemplar(e) des Foulards aus reiner Seide à Fr. 50.–

Name _____

Vorname _____

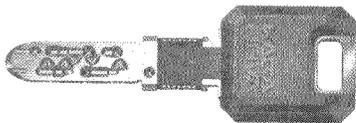
Strasse/Nr. _____

PLZ/Ort _____

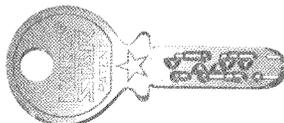
Datum _____ Unterschrift _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Verlieren heisst nicht verloren.



KABA NOVA: Bei Schlüsselverlust kann der Code selber umprogrammiert werden.



KABA STAR-Vario: Bei Schlüsselverlust kann der Code des mechanischen Schliesszylinders umgestellt werden.

Ihr Partner für erfolgreiche Schlüsselerlebnisse:

Bauer Kaba AG, 8620 Wetzikon, Telefon 01/931 61 11, Fax 01/931 63 85



Impressum

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Neue Zürcher Zeitung, Fremdsprachen «Freisinn FDP», Postfach, 8021 Zürich, Telefon (01) 258 11 11.

ofa Zeitschriften, Sägereistrasse 25, 8152 Glattbrugg, Telefon (01) 809 31 11.

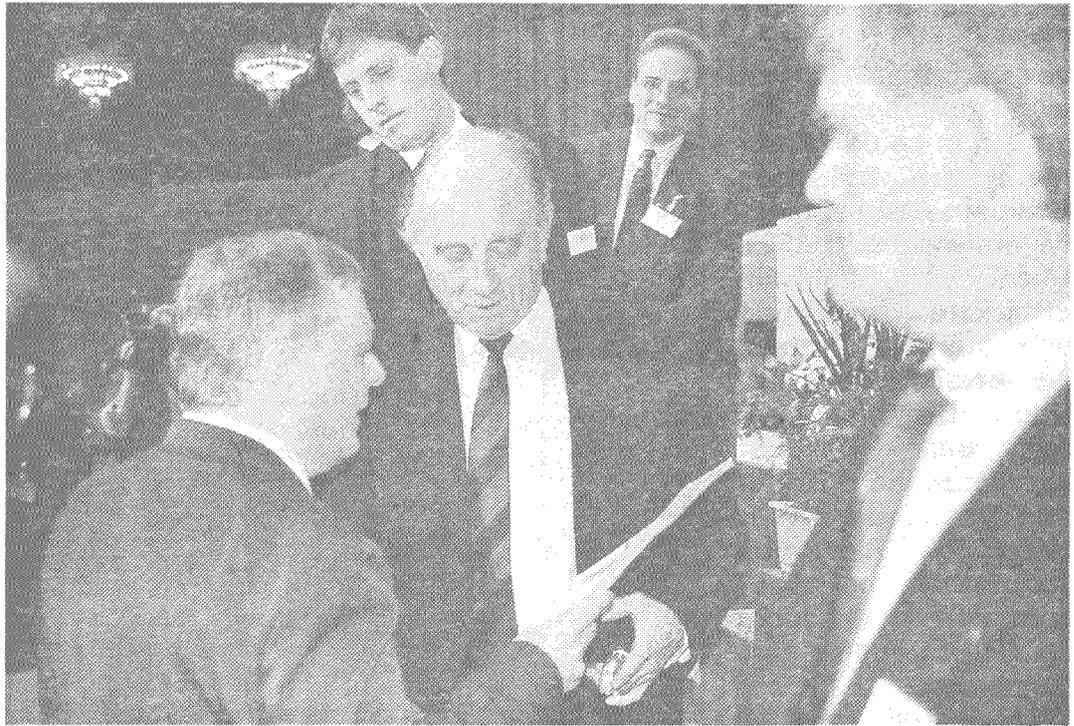
Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Während am jüngsten Bundesparteitag der FDP Deutschland im thüringischen Suhl hochkarätige Prominenz der Schwesterparteien zahlreicher europäischer Staaten zugegen war, retteten wenigstens drei aus dem Thurgau angereiste FDPler die Schweizer Ehre. Bis jetzt waren innereuropäische Kontakte auf Parteebene seitens der Schweizer FDP und deren namhaften Repräsentanten eher wenig gefragt, und dies zu einem Zeitpunkt, wo das Thema Europa gerade für die Schweiz bereits erhöhte Aktualität gefunden hat. – Dies soll sich indessen bereits im kommenden Jahr erheblich ändern.

Christian H. Köpfer,
Frauenfeld



Rolf Lüscher (Frauenfeld) überbringt dem wiedergewählten FDP-Parteivorsitzenden Otto Graf Lambsdorff am Bundesparteitag in Suhl die offiziellen Grüsse der FDP Schweiz und übergibt ihm als äusseres Zeichen der Verbundenheit den Schweizer FDP-Tischwimpel.

(Photo: Walter Brehmi, «Thurgauer Zeitung»)

Vermehrte FDP-Kontakte sind wünschenswert

Es ist bemerkenswert: Während Schweizer Exponenten – und gerade auch FDP-Politiker – sich für EWR, EG und ein Näherrücken der Schweiz zu Europa ganz allgemein stark machen, nutzt man noch ausserordentlich wenig die Gelegenheit zur innereuropäischen Kontaktpflege auf Parteebene. Gelegenheiten dazu gäbe es reichlich, namentlich durch die bundesdeutsche FDP, die als Regierungspartei über einen ganz besonders «direkten Draht zu Europa» verfügt. Man sei «interessiert und jederzeit offen für den gegenseitigen informations- und verständnisfördernden Dialog und Gedankenaustausch» wird denn auch von offizieller Seite der (nun gesamtdeutschen) FDP betont. Demgegenüber hält sich bis jetzt das diesbezügliche Interesse der FDP Schweiz (noch) in Grenzen.

Thurgauer im «Alleingang»

Einer, der sich hingegen immer und seit vielen Jahren für die

Schweizer FDP und den Auf- und Ausbau ihrer Kontakte zu Schwesterparteien anderer Nationen einsetzt, ist der ehemalige internationale Jungliberale und überzeugte Europa-Befürworter Rolf Lüscher (Frauenfeld TG). Der im Medien- und Werbebereich tätige Politinsider ist denn auch bei den Lambsdorffs, den Möllemanns oder den Genschers kein Unbekannter, und in der deutschen FDP-Parteizentrale kennt man ihn ebenso wie in der österreichischen und andern.

Überhaupt scheinen die Thurgauer FDP-Leute besonders offen gegenüber internationalem Gedankenaustausch zu sein. Bestand bereits die einzige Schweizer FDP-Präsenz anlässlich der ersten gesamtdeutschen Wahlen («Jahrhundertwahl») im Dezember letzten Jahres in Bonn aus zwei Thurgauern, so waren es jetzt am ersten gesamtdeutschen FDP-Parteitag in Suhl/Thüringen drei Thurgauer FDP-Mitglieder, die als einzige Schweizer FDPler diese hoch-

interessante Möglichkeit zum Dialog nutzten. Aus den Schwesterparteien anderer europäischer Nationen war die «erste Garde» eingeflogen. Gelegenheiten zu wertvollen Gesprächen mit Bundestagsabgeordneten, Delegierten aus den alten und neuen Bundesländern sowie mit Ministern und Regierungsvertretern ergaben sich denn auch für die drei Thurgauer FDP-Vertreter.

Ausbau der Kontakte vorgesehen

Was in Schweizer Wirtschaftskreisen und bei zahlreichen Schweizer Unternehmen bereits seit geraumer Zeit erfolgt, soll jetzt aber auch auf FDP-Parteebene vermehrte Aufmerksamkeit finden: die Intensivierung innereuropäischer Kontakte. Namentlich zu den Schwesterparteien anderer Länder will man die Beziehungen ausbauen und den gemeinsamen Gedankenaustausch fördern. So soll bereits im kommenden Frühjahr und aufbauend auf den «Thurgauer Kontakten» zwischen den Par-

teisekretariaten in Bern und Bonn das Feld für eine weitergehende Beziehungspflege vorbereitet werden.

Wie auch immer sich die Meinungsbildung in der Schweiz zum «Thema Europa» bei Mandatsträgern und beim Souverän weiterentwickeln wird, das Zusammenrücken innerhalb Europas setzt sich fort. Damit steigt aber auch für die Schweizer Politik nicht nur der Handlungs-, sondern vor allem auch der Informationsbedarf. Mit der Bereitschaft, sich vermehrt Kontakte und damit auch neue Informationskanäle innerhalb Europas zu erschliessen, liefert die FDP Schweiz einen weiteren Beweis für ihr verantwortungsbewusstes und zukunftsorientiertes Handeln. – Und die Thurgauer FDPler sind stolz darauf, zu dieser Entwicklung etwas beigetragen zu haben und weiter beizutragen. □

Im Nationalrat hat die FDP sieben Mandate verloren, im Ständerat vier gewonnen. Wir stellen in beiden Kammern die stärksten Gruppen – «im Stöckli» erstmals seit 1925. Unser Wahlziel: «Stärkste Fraktion und stärkste Partei», ist erreicht worden. Und trotzdem sind wir mit dem Resultat überhaupt nicht zufrieden. Denn jeder zwölfte FDP-Wähler von 1987 ist diesmal abgesprungen oder nicht an die Urne gegangen, insgesamt ist unser Wähleranteil um 1,9 Prozent gesunken.



FDP-Generalsekretär Christian Kauter: «Pauschal von Rechtsrutsch zu sprechen ist verfehlt.» (Photo ruti)

Die FDP nach der Wahl: Eine erste Bilanz

Generalsekretär Christian Kauter

Die Verluste sind in den Kantonen unterschiedlich gross. Die Negativrangliste wird von Genf mit -28 Prozent angeführt, vor Aargau (-19 Prozent), St. Gallen (-16,6 Prozent), Schaffhausen (-16 Prozent), Tessin (-15,8 Prozent), Thurgau (-11 Prozent), Solothurn (-9,4 Prozent), Zürich (-8 Prozent), Luzern (-7,5 Prozent), Bern (-5 Prozent), Freiburg (-5,4 Prozent) und Waadt (-4,7 Prozent). Geographisch ausgedrückt heisst das, freisinnige Verlustregion ist das dichtbesiedelte Mittelland, dazu Schaffhausen und das Tessin.

Die beiden Basel, wo das Umweltproblem seit nahezu zwei Jahrzehnten die dominierende Rolle spielt, melden einen Zuwachs an freisinnigen Wählern, ebenso die Kantone Jura, Schwyz und Wallis, in denen traditionell der Gegensatz Liberalismus - Konservatismus dominiert.

Diskussionsansatz: Ideologie

Kommentatoren behaupten, die Wahlen hätten einen deutlichen Rechtstrend erkennen

lassen. Sie weisen darauf hin, dass sich die Autopartei und die Lega als Wahlsieger feiern lassen, dass die Schweizer Demokraten (Nationale Aktion) Fraktionsstärke erreicht haben, der rechtskonservative SVP-Flügel zulegen, während gemässigte SVP-Regionen stagnierten oder krebsten.

Diese Beurteilung mag für den Nationalrat eine gewisse Berechtigung haben, lässt sich aber bei der Analyse des freisinnigen Wahlergebnisses nicht halten.

Unsere Gewinne im Ständerat verdanken wir vorwiegend Persönlichkeiten, welche bewusst welt-offen und liberal politisieren.

Trotz einem enttäuschenden Wählerverlust in der Genfer Partei holte sich Gilles Petipierre mit einem Glanzresultat den Ständeratssitz. Gleiches gilt für Kurt Schüle in Schaffhausen. Die bedrohten Sitze im Aargau, im Tessin und in Bern wurden alle mit Hilfe von freisinnigen Persönlichkeiten gehalten, die als ausgesprochen liberal gelten. In dieser Hinsicht ist insbesondere das Tessiner Resultat aufschlussreich.

Eine ideologische Wertung der neuen Gewichtsverhältnisse im Ständerat zeigt eine erhebliche Schwächung der Konservativen (CVP), bei gleichzeitiger Stärkung des Freisinns. Pauschal von Rechtsrutsch zu sprechen ist verfehlt.

Unterstrichen wird diese Beurteilung durch die neuerlichen Erfolge der Grünen, denen es gelang, das Wählerpotential der aufgelösten Splitterparteien am linken Rand an sich zu reissen. Ohne die spektakulären AP-Sitzgewinne wäre

wohl ihr Resultat als markanteste Erscheinung des Wahlsonntags gewertet worden. Und dann hätten alle von einem Linksrutsch gesprochen.

Auf einen schmerzhaften Punkt ist noch hinzuweisen: Es war der vom Freisinn entlehnte Slogan «Mehr Freiheit – weniger Staat» – allerdings ohne den Zusatz «Mehr Freiheit und Selbstverantwortung» –, der bei den Nationalratswahlen den Wahlsonntag entschied: Die Autopartei operierte mit dieser Losung, die vor zehn und mehr Jahren unserer Par-



Bundesversammlung: Fraktion 1991/1987. Linke Säule: Fraktionsstärke 1991, rechte Säule: 1987.

tei sensationelle Fortschritte garantiert hat. Und die AP gewann!

Schimpfwort «Bundesratspartei»

Vor zwölf Jahren repräsentierten die in der Zauberformel miteinander verbundenen Parteien 83 Prozent der Wählerinnen und Wähler, heute nur noch knapp 70 Prozent. Seit der Einführung des Proporz von 1919 bis 1983 war die 20-Prozent-Grenze für FDP, SP und CVP kein Thema. Vor vier Jahren verfehlte die SP diese Marke – was ein grosses Echo auslöste. Diesmal sackte die CVP gar unter die 18-Prozent-Grenze, und die FDP überwand als einzige des Vierergespans die zur magischen Zahl gewordenen 20 Prozent, allerdings mit nur noch kleiner Reserve. (Die SVP pendelt seit Jahrzehnten zwischen 10 und 12 Prozentpunkten, diesmal ist sie näher bei der oberen Grenze.)

Da von den vier Parteien nur jene beiden ohne erneute Wählerverluste davorkamen, welche ihre Opposition zum Bundesrat deutlich artikulierten (SP und SVP), liegt der Schluss nahe, dass die Wahl nicht nur durch die Ideologie, sondern vielmehr durch die Bundespolitik beziehungsweise durch die Opposition zu ihr entschieden wurde. Wie tief die Enttäuschung gegen diese Politik sitzen muss, erhellt ein Hinweis: Autopartei und Lega traten mit Personen an, die sich in der öffentlichen Sache bisher nie zu bewähren hatten und die teilweise kaum bekannt waren. Sie wurden trotzdem gewählt – oder gerade deswegen.

Konkretisiert wurde die Enttäuschung breiter Wählerschichten durch Entscheide,

die auch für die FDP nicht verständlich sind: Die eingestandenermassen wirkungslosen Temporeduktionen auf Autobahnen in den Sommermonaten, die Ankündigung massiver Benzinpreiszuschläge wenige Tage vor den Wahlen, die Veröffentlichung eines Budgets, von dem der Finanzminister sagt, als Parlamentarier würde er es ablehnen.

Indem der Bundesrat in den heiklen Problembereichen Europa, Asyl, Drogen, Wohnen und persönliche Sicherheit eine nicht leicht nachvollziehbare oder gar keine Haltung einnahm, wurden weite Teile der Bevölkerung verunsichert. Die Zeche bezahlten FDP und CVP, weil sie sich als Bundesratsparteien loyal verhielten.

FDP-Problem: Kommunikation

Jeder Exponent der FDP wird es bestätigen, in unserem Parteivolk gärt eine tiefe Unzufriedenheit mit den Medien. Der liberale Mensch misstraut den von den Medien vorgegaukelten Eindeutigkeiten, weil er weiss, dass vieles untrennbar miteinander vernetzt ist und dass Eindeutigkeiten recht oft eine Sicherheit vorspiegeln, die es gar nicht gibt.

In unserer Zeit der Informationsüberflutung vermag der Mensch nur zu überleben, wenn er sich gegen die Flut abschottet. Radiohörer, Fernsehzuschauer und Zeitungsleser schützen sich, indem sie sich je länger je mehr ans einfache Ja-Nein-System halten. Darum vermag die Aufmerksamkeit nur zu erregen, was schwarzweiss daherkommt.



FDP-Generalsekretär Christian Kauter: «Der liberale Mensch misstraut den von den Medien vorgegaukelten Eindeutigkeiten.» (Photo rut)

Sechs Schlussfolgerungen

- Jede Kantonalpartei muss ihre Wahlergebnisse sorgfältig analysieren nach den Kriterien: Parteistrukturen, Parteipolitik, Kandidatenauswahl, Kommunikation. Die FDP Schweiz wird die Ergebnisse sammeln und gemeinsam mit den Kantonalparteien auswerten.
- Das Liberale Manifest darf nicht zum abstrakten Lippenbekenntnis werden. Die freisinnigen Orts-, Bezirks- und Kantonalparteien, aber auch die FDP Schweiz haben es als Messlatte zu nehmen für die Bewertung der Arbeit ihrer Exponenten in Parlament und Regierung. Die Parteien entwickeln Formen, wie bei dieser Arbeit die Basis mit einbezogen werden kann.
- Die FDP Schweiz arbeitet enger mit den Bundesräten zusammen. Sie muss trotz Einbindung in die Zauberformel ihre Stellungnahmen deutlich machen können, wenn nötig auch gegen den zum Kompromiss verurteilten Bundesrat.
- Auf allen Ebenen ist die Kommunikation den modernen Gegebenheiten der Gesellschaft anzupassen. Die FDP Schweiz wird dazu ein Kursprogramm entwickeln und anbieten.
- Die politische Arbeit aller Stufen muss neben traditionellen Feldern auch die neuen Gesellschaftsschichten berücksichtigen, denn diese werden die Zukunft entscheidend prägen. Es sind bewusst Experimente mit neuen Strukturen zu machen und auszuwerten. Ziel: Die Parteiarbeit der FDP muss wieder zu einem Ereignis werden!
- Freisinnige Kandidatinnen und Kandidaten haben in jedem Fall höchsten Ansprüchen zu genügen. Bei der Kandidatenauswahl sind neben den Aktiven in der Partei auch Aktive anderer Tätigkeitsgebiete (Wirtschaft, Sport, Kultur, caritative Organisationen) ins Auge zu fassen. Der Slogan «Kluge Köpfe» muss in jedem Fall stimmen. Das sind wir unserem Staat schuldig. □

Mit anderen Worten: Die urliberale Haltung des Differenzierens stimmt Freisinnige nicht nur skeptisch gegenüber den Medien, sondern hindert sie gleich auch noch daran, medienwirksam (eben: schwarzweiss) zu informieren.

Das haben wir in diesem Wahlkampf teuer bezahlt. Die heissen Themen Europa, Asyl, Drogen und Wohnen haben wir frühzeitig erkannt und aufgegriffen. Unsere Opposition zur sinn- und wirkungslosen Temporeduktion in den Sommermonaten haben wir artikuliert. Nichts von alledem ist beim Wähler angekommen. Unsere Argumente sind im Wahlkampf von anderen wirkungsvoll verwendet worden...

Hier müssen wir vom hohen Ross herunter. Wir leben in dieser Zeit, mit Medien in dieser Zeit, mit einem in dieser Zeit gewachsenen Informationsverhalten. Jeder von uns lebt dieses Informationsverhalten auch für sich. Wir müssen

aus dieser Erkenntnis die Konsequenz ziehen. Und unsere Politik so medienwirksam artikulieren, wie wir erwarten, dass uns der Sport präsentiert wird. Die Kunst, Differenziertes auf einprägsame Kurzformeln zu bringen, ist dabei nicht nur eine Aufgabe für die Parteileitungen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene, sondern auch für unsere Exponenten in Räten und Regierungen.

Neue Wählerschichten

Vor nunmehr 143 Jahren erkämpften die Liberal-Radikalen den schweizerischen Bundesstaat gegen die Konservativen. Das Schema liberal versus konservativ zelebrieren wir noch heute. Daneben werden auch die Gegensatzpaare rechts - links, alt - jung verwendet. Alles Vereinfachungen unserer Zeit, die so kaum je stimmen. Unter den Liberalen gibt es progressive Kunstliebhaber, unter den Gewerkschaftern konservative Bewahrer, unter den Jungen vorgestrige Konsumfreaks, unter Alten

Drittweitapostel in Turnschuhen und mit Jutetaschen.

Und vor allem: Wir beklagen nach jeder Abstimmung und jeder Wahl die sinkende Stimmbeteiligung. Diesmal konnten die 18jährigen erstmals zur Urne gehen. Dieser Satz ist falsch: Sie hätten erstmals zur Urne gehen können. Politologen und Demoskopologen unterscheiden heute nicht mehr zwischen links und rechts, sondern analysieren ein polarisiertes Viereck ohne Mitte. Die vier Seiten bilden: Konservative – Liberale – Avantgarde – Turnschuhträger.

Wenn wir Freisinnigen im Schema liberal - konservativ verharren, so verhalten wir uns gleich in doppelter Hinsicht falsch: Erstens nehmen wir die Hälfte der Bevölkerung gar nicht wahr (die Avantgarde und die Turnschuhträger, was uns vor allem die Jungen entfremdet). Zweitens machen wir aus zwei benachbarten Segmenten künstliche Gegensätze. Dabei ist der unversöhnliche Widersacher des Konservativen heute nicht mehr der Liberale, sondern der Avantgardist. Der unversöhnliche Gegner des Liberalen ist der Turnschuhträger, der den Staat als reine Dienstleistungsgesellschaft betrachtet, der gegenüber er Ansprüche hat.

Schliesslich müssen wir in der politischen Basisarbeit das tun, was wir täglich erfahren: Die meisten Wünsche sind erfüllt, der heutige Mensch braucht darum nicht mehr ein Homo politicus zu sein. Er interessiert sich nur noch nebenher und punktuell für das öffentliche Geschehen. Hören wir darum auf, Politik in der Fachsprache zu zelebrieren. Das Kauderwelsch muss durch ein Alltagsdeutsch ersetzt werden, analog dem Kassensturz am Fernsehen, der Rekorderinschaltungen verzeichnet.

Kandidaten und Listen

Die politische Betriebsamkeit verhält sich umgekehrt proportional zum Interesse der Öffentlichkeit an der Politik. Folgerichtig wird der Kreis jener eingeschränkt, die ihre Zeit in politischen Gremien verbringen wollen. Es fällt darum immer schwerer, Spitzenleute für die Parteiarbeit und die öffentlichen Ämter zu begeistern.

Die wachsende Zahl von Kandidaten und Listen steht nur scheinbar im Widerspruch zu dieser Aussage. In Wahrheit belegen die vielen unqualifizierten Listen und die vielen unqualifizierten Kandidaten, dass das Amt ein bedenklich tiefes Ansehen geniesst.

Eine fortschreitende Politikbetriebsamkeit birgt die Gefahr in sich, dass Spitzenkräfte der Partei fern bleiben, und fördert das Nomenklaturasystem. Eine Herrschaft der Mittelmässigkeit wäre die Folge. Das gilt es zu erkennen. Wie wäre es, wenn als Parteipräsidenten wo immer möglich Mandatsträger verpflichtet würden? Wegen des Proporzsystems würden solche Präsidenten an optimal starken Listen interessiert sein. Der Präsidentenstuhl darf nicht Sprungbrett sein, sondern Arbeitsplatz im Dienste der Partei.

Ein zweites ist anzufügen. Wegen der hohen Belastung stehen gute Leute zumindest nur für eine beschränkte Zeit als Mandatsträger (und Parteipräsidenten) zur Verfügung. Daraus ist zu folgern, dass man sie nicht nur im Parteivorstand in der schlecht besuchten Veranstaltung im Säli des Dorffestaurants findet. Man sucht deshalb die klugen Köpfe nicht nur innerhalb, sondern auch ausserhalb der Parteistrukturen.

Und die FDP-Werbung?

«Wenn man Wahlen gewinnt, so ist es das Verdienst der guten Kandidaten. Verliert man sie, so liegt es an der Werbung.» Diese Aussage vermag bei der FDP nicht zu überzeugen: Bei den Nationalratswahlen war die FDP Verliererin, bei den gleichzeitig stattfindenden Ständeratswahlen aber eindeutige Gewinnerin.

Es ist nicht Aufgabe des Generalsekretärs, die eigene Werbung zu beurteilen. Beurteilen beziehungsweise beklagen kann er, dass die Werbung längst nicht von allen Kantonalparteien übernommen worden ist. Das Differenzieren von Kanton zu Kanton ist in jedem Fall begründbar. Kommunizierbar ist es nicht. □

Veranstaltungen

Terminkalender 1992

Januar

- 10. Geschäftsleitung
- 10. Delegiertenrat
- 11. a. o. Delegiertenversammlung, Bern
- 21. Presseverband
- 27.-31. Sondersession

Februar

- 16. Eidgenössische Abstimmung
- 28. Sekretärenkonferenz

März

- 2.-20. Session
- 20. Geschäftsleitung
- 20.+21. Drogentagung
- 31. Presseverband

April

- 2. Sekretärenkonferenz
- 2. Geschäftsleitung
- 2. Delegiertenrat
- 3. Parteitag in Altdorf
- 4. Parteitag in Altdorf
- 27.- 9. 5. Sondersession

Mai

- 11. Generalversammlung Presseverband
- 12. Generalversammlung Presseverband
- 27. 4.- 9. 5. Sondersession
- 17. Eidgenössische Abstimmung
- 21. Geschäftsleitung
- 21. Sekretärenkonferenz
- 22. Sekretärenkonferenz

Juni

- 1.-19. Session
- 11. Fraktionsausflug
- 19. Geschäftsleitung
- 19. Delegiertenrat
- 25. Presseverband

August

- 11. Presseverband
- 21. Sekretärenkonferenz
- 21. Geschäftsleitung
- 21. Delegiertenrat
- 22. a. o. Delegiertenversammlung
- 24.-28. Sondersession

September

- 21.- 9. 10. Session
- 25. Geschäftsleitung
- 27. Eidgenössische Abstimmung

Oktober

- 20. Presseverband
- 21. 9.- 9. 10. Session
- 30. Sekretärenkonferenz
- 30. Geschäftsleitung
- 30. Delegiertenrat
- 31. a. o. Delegiertenversammlung

November

- 30. 11.-18. 12. Session

Dezember

- 6. Eidgenössische Abstimmung
- 15. Essen Fraktion/Presseverband
- 18. Geschäftsleitung
- 18. Delegiertenrat
- 30. 11.-18. 12. Session



Reformen in Parlament, Regierung und Verwaltung: aufmerksame Beamte. (Photos Stahl/ruti)

Auf Reformkurs

Fast auf den Tag genau vor einem Jahr wurde die Beamtenvereinigung der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) gegründet. Unter dem Titel «Wandel in Behörden und Verwaltung» führte die Vereinigung nun ihre erste Herbsttagung durch. Aus erster Hand liessen sich rund 150 Beamte über die Reformbestrebungen in Parlament, Regierung und Verwaltung informieren.

Eleonora Schneuwly-Aschwanden

Im Beisein von Bundeskanzler François Couchevin und FDP-Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger eröffnete der Präsident der FDP-Beamtenvereinigung, Alexander J. Läscher, die Tagung. Den Auftakt bei den Referaten machte die stellvertretende Generalsekretärin der Bundesversammlung, Annemarie Huber-Hotz.

Aufgaben des Parlaments

Annemarie Huber-Hotz hatte in der Studienkommission, die sich mit der Parlamentsreform befasste, mitgewirkt. Diese war durch die Vorstösse der beiden FDP-Ständeräte René Rhinow (BL) und Gilles Petitpierre (GE, damals noch in sei-

ner Funktion als Nationalrat) in Gang gesetzt worden. Frau Huber-Hotz zeigte den historischen Werdegang auf, wies auf die Probleme hin und stellte die Reformpläne dar.

Der Wandel der Arbeitsweise und die Arbeitsintensität seien für das Milizparlament zur Belastungsprobe geworden, führte die Referentin aus. Die Reform messe sich am eigentlichen Leistungsauftrag eines funktionsfähigen Parlamentes. Dieser bestehe in der qualifizierten Rechtsetzung, in der Oberaufsicht über die Bundesverwaltung und in der Wahlfunktion.

Schwerpunkte

Die Reform werde geprägt durch die Attribute der Kontinuität (zwölf ständige Kommissionen), durch die verstärkte Mitwirkung des Parlaments in

der Aussenpolitik, durch die Neugestaltung des Differenzbereinigungsverfahrens, durch verbesserte Planung der Parlamentstätigkeit, durch eine Koordinationskonferenz (Ständerats- und Nationalratsbüro) und schliesslich durch eine Verbesserung der personellen und finanziellen Unterstützung der Parlamentarier (Erweiterungsbau des Bundeshauses, persönlicher Mitarbeiter, jährlich Fr. 100 000.- Entschädigung).

Damit sei die Reformtätigkeit aber noch nicht beendet, führte Frau Huber-Hotz weiter aus. Die Reform der Bundesverfassung, die durch den Beitritt in eine supranationale Organisation bedingte Volksrechtsreform und schliesslich die Regierungsreform seien Meilensteine weiterer Reformen der Zukunft.

Fünf Modelle

Bundeskanzler François Couchevin erläuterte die fünf Modelle, die der Bundesrat im Hinblick auf eine Regierungsreform prüft.

● Ein erstes, relativ einfach zu verwirklichendes Modell ist die Entlastung der Bundesräte durch die Einsetzung von Departementsdirektoren, welche

gewisse Stellvertreterfunktionen übernehmen könnten.

● Ein zweiter Vorschlag will die Zahl der Bundesräte auf neun oder elf erhöhen und gleichzeitig die Stellung des Bundespräsidenten stärken. Mit diesem Modell würde Rücksicht auf die Sprachregionen genommen.

● Als weiteres Projekt wurde eine zweigliedrige Ausgestaltung der Exekutive erarbeitet: der Bundesrat als Regierungskabinetts sowie elf bis achtzehn Minister als eigentliche Verwaltungsspitzen.

● Zwei weitere denkbare Modelle sind das parlamentarische und

● das präsidentielle Regierungssystem.

Brauchbarste Variante

Unbestritten sei die Notwendigkeit einer Regierungsreform, führte Couchevin weiter aus. Das Studium der Regierungssysteme anderer Staaten habe aber gezeigt, dass auch diese Mängel aufwiesen. Im Ausland sei unser Regierungssystem immer wieder gelobt worden.

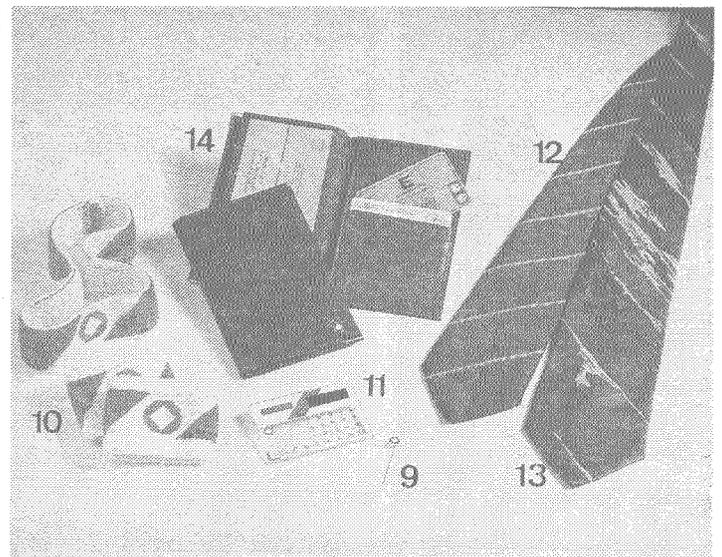
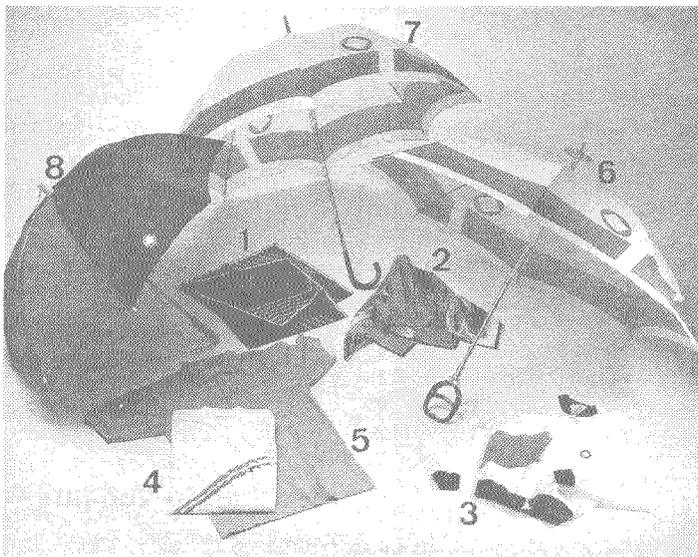
Couchevin sagte, dass er Reformen gegenüber sehr offen sei. Es stelle sich nun aber die Frage, warum man ein gutes Regierungssystem in ein schlechteres ändern müsse. Seiner persönlichen Ansicht nach dürfte die Erhöhung der Zahl der Bundesräte und die Einführung von Departementsdirektoren eine der brauchbarsten Lösungen der Regierungsreform darstellen.

Personalführung

Dass sich auch die Personalführung der Bundesverwaltung mit einem Wertewandel konfrontiert sieht, legte der Direktor des Eidgenössischen Personalamtes, Peter Hablützel, anschliessend an die beiden Referate zur Parlaments- und Regierungsreform dar. Durch ein Sinnmanagement, durch Hierarchie-Abbau und durch eine verstärkte Führung mittels Prioritäten- und Posterioritätensetzung könne der Anspruch, die knappen Ressourcen optimal einzusetzen, erfüllt werden. □

Wer ist die FDP-Beamtenvereinigung? Weitere Informationen auf Seite 16.

An Weihnachten denken!



Ja, ich bestelle:

- 1 Das zeitlose **klassische Foulard** aus 100% Crêpe de Chine ist 90x90 cm gross und wurde mit einem handrollierten Saum versehen. ___ Ex. à Fr. 49.-
- 2 Das **neue Foulard** (90x90 cm) der «New look»-Kollektion in tollen, modernen Farben besteht aus 100% Crêpe de Chine. ___ Ex. à Fr. 50.-
- 3 **Windblouson** aus Nylon mit Strickborden. Schützt Sie bei Wanderungen vor unangenehmen Überraschungen. Einfach transportierbar, kann zusammengerollt und in der eigenen Jackentasche um die Taille getragen werden. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 30.-
- 4 Praktisch und unverwüstlich, das neue **T-Shirt** (mit dem Aufdruck «Freiheit gewinnt») im modernen Schnitt aus 100% Baumwolle. Grössen S, M, L, XL (Zutreffendes bitte ankreuzen) ___ Ex. à Fr. 12.-
- 5 Für die warmen Tage gibt es unser **Polo-Shirt** mit diskretem FDP-Emblem im klassischen Schnitt. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 6 Der praktische **Sportschirm** mit einem integrierten Klappsitz, damit Sie beim nächsten Sportfest nicht mehr stehen müssen. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 7 Der **Doppelschirm**, damit Sie zu zweit nur einen Regenschirm brauchen und trotzdem nicht nass werden. ___ Ex. à Fr. 30.-
- 8 Der **klassische Regenschirm** in den Farben Rot, Dunkel- und Hellblau lässt Sie auch bei schlechtem Wetter trocken ans Ziel kommen. ___ Ex. à Fr. 35.-

- 9 **Anstecknadel**. Der diskrete Hinweis, dass Sie der richtigen Partei angehören. ___ Ex. à Fr. 10.-
- 10 Ein absolutes Muss für jeden Sportler. Das **Stirnband und die Pulswärmer** aus 90% Baumwolle. ___ Set à Fr. 10.-
- 11 Unser Solarrechner mit der 8stelligen LCD-Anzeige hilft Ihnen bei den schwierigsten Rechenaufgaben. ___ Ex. à Fr. 20.-
- 12 Die **Krawatte** im klassischen Design besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 38.-
- 13 Die **Krawatte** aus unserer «new look»-Kollektion besteht aus 75% Polyester und 25% Seide. ___ Ex. à Fr. 40.-
- 14 Das **Portefeuille** aus bestem Anilinleder (bordeaux) mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. ___ Ex. à Fr. 44.-

Name: _____
Vorname: _____
Strasse/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Datum: _____
Unterschrift: _____
Bitte ausfüllen und ganze Seite einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern

Ausserschulische Betreuung: Realität – Wünsche – Projekte – Angebote

Die Freisinnige Frauengruppe Schaffhausen organisierte einen Informationsabend zum Thema ausserschulische Betreuung. Sie kam dabei zu Schlussfolgerungen, die von allgemeinem Interesse sind.

Ursula L. Schmid

Dr. med. Renate Sommerhalder-Moser schilderte Beispiele aus ihrer Praxis als Familien- und Kindertherapeutin, wo ernsthafte Erkrankungen der Mütter, seelische Störungen der Kinder und zerrüttete Familien hätten vermieden werden können, wenn die Möglichkeit ausserschulischer Betreuung bestanden hätte. Berufstätige Mütter sind überfordert, wenn sie, statt sich auszuruhen, über Mittag für den Familientisch und nach der Berufsarbeit für Haushalt und leibliches Wohl der Familie sorgen müssen. Da kommt das Seelische oft zu kurz – für die ganze Familie.

Fremdplacierung (Heim, Pflegefamilie) kann von einem Kind als Ungerechtigkeit empfunden werden und ihm schwere Verhaltensstörungen zufügen, wenn es sich ausgestossen vorkommt. Viele Kinder werden viel zu früh selber überlassen. Schlüsselkinder sind besonders gefährdet und Süchten (TV, Naschen, Alkohol und Drogen) gegenüber weniger resistent. Viele Einzelkinder haben Schwierigkeiten, weil sie nicht gelernt haben, in einer Gruppe zurechtzukommen.

Was braucht ein Kind?

Edith Weber-Hallauer, Psychologin, äusserte sich zur Frage «Was braucht ein Kind?». Die Meinung darüber, was ein Kind braucht, ändert sich entsprechend den Wertvorstellungen der Gesellschaft. Als ein Grundbedürfnis nennt Weber die Betätigung (Lebensbereich erkunden, seine Fähigkeiten erproben). Dazu braucht es einen gefahrlosen Freiraum und eine kinderfreundliche Umgebung, einen Ort, wo es sich zurückziehen kann. Menschliche, liebevolle Zu-

wendung ist Voraussetzung zu gesunder Entwicklung. Die meisten Kinder erhalten falsche Zuwendung, indem sie zu häufig kritisiert und zu wenig um ihrer selbst willen gelobt werden. Der grosse Leistungsdruck der Schule muss im ausserschulischen Bereich mit Zuwendung an das Kind als Persönlichkeit kompensiert werden.

Gemeinschaft mit anderen Kindern ist nicht absolut nötig, aber eine Chance. Oft schottet sich die Kleinfamilie ab, und wenn sie ohnehin nicht so harmonisch ist, laufen die einzelnen Familienglieder Gefahr, sich zu isolieren. Die Öffnung der Kleinfamilie ist erstrebenswert. Ausserschulische Betreuung muss quartierbezogen sein, sonst verliert das Kind den Anschluss an seine Spielgefährten. Zuletzt wies Edith Weber darauf hin, dass ausserschulische Betreuungspersonen auf Motivation und Eignung geprüft werden müssen.

Eine Studie

Angelika Tschanen-Hauser, Sozialpädagogin, erläuterte die Studie über Fremdbetreuung von Kindern von 0 bis 16 Jahren, die sie zusammen mit Jürg Sauter im Auftrag des Stadtschulrates verfasst hat. Eine Elternumfrage hat ergeben, dass in Schaffhausen ein grosser Mangel an Tagesplätzen für Säuglinge und Kleinkinder besteht. Allein in Schaffhausen leben 580 alleinerziehende Eltern, die erfahrungsgemäss am meisten auf ausserschulische Kinderbetreuung angewiesen sind. Aber auch ausländische Mütter stellen einen hohen Anteil Erwerbstätiger.

Trotzdem hat die Umfrage ergeben, dass ausserschulische Betreuung für Kinder ab 6 Jahren keinem grossen Bedürfnis entspricht. Angelika

Tschanen erklärt das damit, dass Mütter sich mit Notlösungen behelfen, in Nachtschicht arbeiten oder der Eigenverantwortung des Kindes vertrauen.

Als Schlussfolgerung der Studie werden die Schaffung einer Fünfzigprozent-Stelle für die Koordination ausserschulischer Betreuung verlangt sowie mehr Krippen und Horte mit altersmässiger Durchmischung, ausserdem ein Tages-schulversuch, quartierbezogene, kleine und überschaubare Einrichtungen. Ferner müssen die Rahmenbedingungen für Tagesmütter verbessert werden.

Projekt Schülerklub

Ursula L. Schmid (identisch mit der Berichterstatlerin) stellte das Projekt Schülerklub vor, das grossen Wert legt auf Elternbeteiligung und Mitverantwortung. Der Schülerklub ist eine Wohnung oder Lokalität, wo Kinder über den Mittag und an schulfreien Nachmittagen an frei wählbaren Tagen (jedoch regelmässig) von einer Hortleiterin mit Helfern oder Helferinnen (Eltern, Freiwilligen) betreut werden. Die Eltern sind automatisch Mitglieder des Elternvereins, der die Geschicke des Schülerklubs bestimmt und leitet. Der Schülerklub ist eine Familienangelegenheit. Die Initiantinnen gehen davon aus, dass es mit etwas gutem Willen allen Eltern möglich sein sollte, sich in irgendeiner Form aktiv zu engagieren. Die Taggeldansätze sind nach Einkommen gestaffelt.

Dorothee Jaun-Gysel, Rechtsanwältin und Initiantin des Schüler-Mittagsklubs in Fällanden, berichtete von der Entstehung des Mittagstisches und Erfahrungen damit. Zusammen mit vier Frauen wollte sie einen Hortverein gründen. Nach schwierigen Anfängen ist es diesen Frauen gelungen, eine private, familienbezogene Betreuungsart zu etablieren. Die Schüler benutzen den Mittagklub an einzelnen oder an allen Schultagen. Eine Hortleiterin betreut die Kinder von 10 bis 14 Uhr, eine Mutter

kocht im Turnus (zwei- bis dreimal pro Quartal) das Mittagessen und spült zusammen mit den Kindern das Geschirr. Für den Mittagklub wird das Taggeld nach Einkommen gestaffelt.

In der anschliessenden Diskussion geben Dorothee Jaun und die Präsidentin der Freisinnigen Frauen, Regula Stärk, zu bedenken, dass die ausserschulische Betreuung nicht zur Norm erklärt werden darf. Der Volleinsatz von Hausfrauen und Müttern muss der ausserschulischen Berufsarbeit gleichgesetzt sein. Gute Erziehungsarbeit einer «Nur»-Hausfrau ist von unschätzbarem Wert für Familie und Staat, und schliesslich soll jede Frau die Arbeit verrichten können, die sie befriedigt und erfüllt. □

SVFF

Gratulation

Die Schweizerische Vereinigung freisinnig-demokratischer Frauen (SVFF) gratuliert folgenden FDP-Frauen zum Wahlerfolg im National- und Ständerat: Geneviève Aubry, Bern (bisher), Trix Heberlein, Zürich (bisher), Lili Nabholz-Haidegger, Zürich (bisher), Vreni Spoerry, Zürich (bisher), Milli Wittenwiler-Amacker, St. Gallen (neu), Christine Beerli, Bern (neu).

Obwohl die FDP-Frauen im Parlament spärlich vertreten sind, wollen wir uns nicht Asche aufs Haupt streuen. Dazu bleibt keine Zeit. Es gibt viele kreative Frauen, viele gute Ideen und ein breites Wissen in unseren Reihen. Setzen wir diese Kräfte zum Wohle unserer Gesellschaft und unserer Frauengruppen ein! □

FDP-Publikationen

Ich bestelle:

- ___ Ex. Dazu stehen wir. Zielsetzungen und Postulate 1991-1995 (1 Ex. gratis, mehrere Ex. à Fr. 1.-, 96 Seiten).
- ___ Ex. Jahresbericht 90/91. Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung (1 Ex. gratis, 162 Seiten dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 1 und 2, 1990. Gentechnologie als Herausforderung. Stellungnahme der FDP zu Chancen und Risiken der Gentechnologie (à Fr. 5.-, 34 Seiten).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 3 und 4 1990. Grundsätze der FDP zur Wirtschaftspolitik der neunziger Jahre (à Fr. 5.-, 42 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 1, 1991. Liberale Frauenpolitik im Zeichen einer veränderten Welt. FDP-Frauen setzen sich ein für eine Zukunft mit mehr Lebensqualität, mehr Chancengleichheit und mehr Partnerschaft. Ergebnis der Tagung vom 24. Mai 1991 in Thun (à Fr. 5.-, 52 Seiten, dt./frz.).
- ___ Ex. Politische Rundschau Nr. 2, 1991. Drogenfrage: Anpacken statt resignieren. Grundsätze der FDP (à Fr. 5.-, 22 Seiten, dt./frz.).

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____ PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

FDP-Standpunkt

Keine Verbotsstrategie

Klar gegen den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrates zu den Volksinitiativen «Zur Verminderung des Tabakproblems» und «Zur Verminderung der Alkoholprobleme»

spricht sich die FDP in ihrer Vernehmlassungsantwort aus. Hingegen setzt sie sich für eine Verstärkung der Gesundheitsförderung ein.

Nach Ansicht der FDP sind Massnahmen zur Förderung der Gesundheit der Bevölkerung unterstützenswert. Sie sollen dann eingeführt werden,

wenn sie wirksam sind, keine negativen Auswirkungen aufweisen und verhältnismässig sind. Diesen Anforderungen genügt der bundesrätliche Gegenvorschlag nicht.

Absage an die Kostenmiete

Die FDP begrüsst die Studie Nr. 14 des Bundesamtes für Konjunktur über Wohnungsmieten und Mieterschutzbestimmungen. Sie schafft Klarheit über die Situation auf dem Wohnungsmarkt und die Mechanismen dieses Marktes. Die Analyse des Bundesamtes für Konjunkturfragen und das Plädoyer für die Abschaffung der Kostenmiete weisen den Weg in die Richtung, welche auch die FDP in ihrem Aktionsprogramm gegen die Wohnungsnot eingeschlagen hat. Im Interesse eines mittel- bis langfristig funktionierenden Wohnungsmarktes und damit im Interesse der Mieterinnen und Mieter ist es unbedingt nötig, dass Mittel und Wege gesucht werden, um die bestehenden Mängel zu beheben. Dabei muss der Übergang zur Marktmiete von gezielter Hilfe für sozial Schwache begleitet werden. □

Agenda 1992

Die bewährte, handliche FDP-Agenda mit dem soliden Lederportefeuille (bordeaux) steht Ihnen auch dieses Jahr wieder zur Verfügung. Tragen Sie jetzt schon Ihre Termine für das kommende Jahr ein!

Bitte senden Sie mir

... Ex. Lederportefeuille mit FDP-Agenda 1992 (bordeaux) à Fr. 44.-

Name: _____

Adresse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Talon bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern.

Wer ist die FDP-Beamtenvereinigung?

Die FDP-Beamtenvereinigung bezweckt den Zusammenschluss freisinniger Angestellter der öffentlichen Dienste zur Pflege des liberalen Gedankengutes, zur Förderung der Kontakte zwischen der FDP und dem öffentlichen Personal sowie zur Wahrung der gemeinsamen Interessen.

Mitglied der FDP-Beamtenvereinigung kann werden, wer im öffentlichen Dienst steht oder gestanden hat, keiner anderen Partei als der FDP angehört und sich zu den liberalen Grundsätzen der FDP bekennt. Seit der Gründung vor einem Jahr ist die Mitgliedschaft von 50 auf 200 gewachsen.

Die Vereinigung führt regelmässig Veranstaltungen durch, darunter Vorträge zu aktuellen Themen, Besichtigungen interessanter Betriebe und Anstalten, Zusammenkünfte mit Parlamentariern, kulturelle Veranstaltungen, Diskussionsrunden und die jährliche Beamten-tagung mit Information und Workshops über aktuelle Interessen der Mitglieder.

Statuten und Beitrittsformulare können beim Generalsekretariat der FDP Schweiz, Postfach 6136 in 3001 Bern, Tel. (031) 22 34 38, bezogen werden.

Auskunft über die FDP-Beamtenvereinigung erteilen das Generalsekretariat oder die folgenden Vorstandsmitglieder:

Dr. A. J. Lässker
Präsident
(031) 61 54 66
A. Hunziker
vice-président (f)
(031) 61 44 34
H.-U. Berger
Sekretär
(031) 61 55 57

(Siehe auch Artikel Seite 13)

Die armen Jugendlichen

Da hocken sie in der Bahnhofunterführung am Boden, in eine Decke gehüllt, lethargisch. Andere sitzen an der Bahnhofstrasse, am Geschehen der vielen Fussgänger unbeteiligt, bettelnd, wie dies die Kartonschachteln mit den Batzen sowie die geschriebenen Hinweise verraten. Alle sind sie drogensüchtig, ohne ein Heim. Man hat Erbarmen. Da fürchten sich die Aufenthaltler am Platzspitz vor der Gewalt, geben sich der Prostitution hin, riskieren Aids, frieren, und all das, weil sie drogensüchtig sind. Arme Jugendliche!

Gratisspritzen, Gratistee, warme Mahlzeiten, Notschlafstellen, Kondome werden zur Verfügung gestellt. «Selbstillusion» hat ein Süchtiger zu diesem Leben am Platzspitz gesagt. Arme Jugendliche!

Der geheilte Stefan meint dazu: «Die Anlaufstelle sollten die Eltern sein.» Die Sätze eines Mädchens: «Man ist nicht glücklich. Ich war zwischendurch drei Jahre drogenfrei, das war meine schönste Zeit.» Und dieser Ausspruch trotz allen Gratihilfen sollte unseren Hilfsmassnahmen eine andere Richtung geben.

Die ehemals Betroffenen selbst befürworten nämlich den Zwang, so Stefan: «Ich habe den Zwang gebraucht.»

Die armen Jugendlichen, weil wir nicht endlich begrei-

fen, was sie wirklich nötig haben: den Entzug und kein Almosen, das die Sucht bloss erhält. «Ohne diesen Zwang würde ich nicht mehr leben», schreibt Colette.

In der Heilpädagogik muss der Erzieher mit seinem eigenen Willen so lange den Jugendlichen führen und begleiten, ihm Halt, Stütze, Überzeugung geben, bis der gesunde Wille in einem Funken überspringt und infolge des Vertrauens nach und nach zum Eigenwillen beim Jugendlichen wird. Die armen Jugendlichen, denen man die Sucht pflegen hilft, statt die Gestrauchelten zwingt, aus dem Suchtstress auszubrechen. Hier ist Heilpädagogik vonnöten.

Es brauchte die Umwandlung aller Noteinrichtungen in Entzugsstationen oder behelfsmässige Baracken. Es wäre notwendig, das Geld für die Überlebenshilfe statt dessen für die Therapie einzusetzen, denn das Ziel darf nicht die Infrastruktur einer Fixerstadt sein, sondern eine gesunde Jugend. Die armen Jugendlichen, wenn ihnen diese echte Hilfe nicht gegeben wird!

Der Drogensüchtige ist selber willenlos, er braucht den Fremdwillen zur Entwöhnung. Nur dieser ist die echte Lösung des Erbarmens mit den Süchtigen.

*Elisabeth Weiss-Kull,
Küsnacht*

FDP die Möglichkeit von Staatsinterventionen, die der Revisionsentwurf dem Bundesrat geben will.

Wichtig ist der FDP, dass die jetzige föderalistische Struktur des Gesundheitswesens erhalten bleibt und die Durchführung der Krankenversicherung durch autonome Versicherungsträger sichergestellt ist. Dass neu auch private Versicherungsgesellschaften Versicherungsträger sein können, kann im Sinne von mehr Konkurrenz nur begrüsst werden. □

FDP-Standpunkt

Ja zur Reform des KVG

Die FDP teilt die Auffassung des Bundesrates, dass im Bereich der Krankenversicherungen ein Reformbedarf besteht. Sie befürwortet deshalb grundsätzlich die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG). Zustimmung findet die bundesrätliche Zielrichtung, vermehrt marktwirtschaftliche Anreize zum Zwecke der Kostenkontrolle zu schaffen. Bedenken hat die FDP hingegen, was die Erhöhung der Kosten der Krankenversicherung betrifft. Abgelehnt wird von der

Das ist Ihre Seite

Mit der Frage «Was meinen Sie?» ist diese Seite bezeichnet. Das ist denn auch Ihre Seite. Schreiben Sie dem «Freisinn», was Sie zu Beiträgen meinen, was Sie über politische Themen denken, was Sie für Ideen haben.

Beiträge im «Freisinn» werden gelesen, in der Verwaltung, von Politikern. Öfters schon hat sich via Parteizeitung ein freisinniger Brief-

wechsel über die Kantons- grenzen hinweg entwickelt. Die Auflage beträgt immerhin stolze 80 000! – Noch etwas. Bemühen Sie sich, sich kurz zu fassen. Sie kennen die Bitte auf jeder Leserbriefseite.

Ihre Briefe richten Sie an: «Freisinn», FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern. □

Manifest für die Liberalen der Urkantone vom Jahre 1924

Liberalismus früher und heute: Aus der Zentralschweiz haben wir die einfachen und klaren Zielsetzungen der «Liberalen der Urkantone» erhalten. Sie wurden in einem Protokoll des Jahres 1924 festgehalten.

1. Förderung der Wohlfahrt des Vaterlandes.
2. Einordnung in der schweizerischen FDP.
3. Sie stehen auf religiösem Boden.
4. Vermehrung der Produktionsfähigkeit.
5. Schutz des Arbeiters.
6. Einführung der AHV.
7. Hebung des Verkehrs, Beschränkung der Abwanderung.
8. Gesunde Finanzkraft des Bundes.
9. Abbau der Subventionen.
10. Gerechte Verteilung der Staatsfinanzen.
11. Vertretung in Behörden und Verwaltungen des Bundes und der Kantone.
12. Sie wird Gegner weiterer Monopole. □

«Fehler» zugeben können

Mit Rechtfertigungen markieren wir bekanntlich nur unsere Grenzen. Man gibt öffentlich zu, dass man betroffen ist. Oder wie es ein französisches Sprichwort etwas härter sagt: «Wer sich entschuldigt, klagt sich selbst an.»

Und wenn Frau Kopp und ihre «Verteidiger» behaupten, das seien nur Erklärungen, Erläuterungen, Begründungen, Wahrheiten usw., dann vergessen sie, dass es auch in der Politik auf die Wirkung ankommt.

Ob eine Begründung wie eine Rechtfertigung wirkt, entscheidet der Leser und nicht der Autor! Wäre es deshalb nicht besser, «Fehler» und «Blamagen» sofort zuzugeben und endlich zu schweigen? Schaden diese privaten Rechtfertigungen Frau Kopp, der Sache, der Demokratie, den

Frauen und der FDP nicht immer wieder aufs neue?

Engagieren wir uns deshalb nur noch für Politiker(innen), die «Fehler» und «Blamagen» einstecken und zugeben können!

Ruedi Andres, Mümliswil

Garten- und Landschaftsarchitekten,
Erdbauingenieure



Spross

Wir planen, bauen, anliefern
und pflegen nach Ihren Wünschen
für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ge-La-Bau AG Zürich
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 02 62



Die FDP – eine Volkspartei

Wir sind eine Volkspartei, heisst es oft stolz unter Freisinnigen. Was ist mit diesem Begriff genau gemeint?

Die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP) ist eine der wertigsten politischen Gruppierungen in der Schweiz, die sich nicht auf einen bestimmten Stand oder die Zugehörigkeit zu einer konfessionellen Gemeinschaft beschränkt. Sie darf von sich behaupten, eine wirkliche Volkspartei zu sein. Über 140 000 Bürgerinnen und Bürger sind eingeschriebene Mitglieder der Partei, die Zahl der Sympathisanten ist ein Mehrfaches davon. In der FDP zählen nicht sozialer Rang oder Steuerzettel, sondern allein die liberale, freiheitliche Gesinnung. Der FDP gehören Frauen und Männer, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Freiberufende, Angestellte, Studenten, Landwirte, Gewerbetreibende aller Konfessionen aus allen Landesteilen, Jung und Alte an. Sie alle streben nach dem gleichen Ziel: eine Gesellschaftsordnung zu gewährleisten, in der sich jeder, in vollem Respekt vor dem andern, in Beruf, Kultur, Freizeit, Wissenschaft und Glauben frei entwickeln kann.

Antwort

Mutzli

Vom «Durchschnittsleser mit seiner schlichten Logik» sprach Michael Dreher (ap., Zürich) bei der Diskussion um die Parlamentarierentschädigung und warnte mit diesem seinem Bürgerbild vor allzu hohen Ansätzen.

Judith Stamm (cvp., Luzern) gestand in der Diskussion über die Parlamentsreform, als die Frage der Öffnung der Kommissionssitzungen für das Publikum entschieden wurde: «Experten sind meistens Menschen...»

Als sich Ursula Mauch (sp., Aargau), Partnerin im schwergewichtig für den Bund arbeitenden Büro Infras, namens der Kommission für das Infrastrukturgesetz mit den neuen Parlamentarierentschädigungen stark machte, wollte Kurt Schüle (fdp., Schaffhausen) aus dem Votum die Bezeichnung «Infras-Strukturgesetz» herausgehört haben.

Georg Stucky (fdp., Zug) verwies auf die Problematik der künftigen Mitarbeiterentschädigungen, die Parlamentarier geltend machen können: Das könne auch die eigene Frau oder ein Werbebüro sein. «das dann für mich Zeitungsartikel schreibt. Was macht denn das für einen Sinn?» «Dann werden deine Artikel besser», rief der inzwischen zurückgetretene Nationalrat Felix Auer (fdp., Baselland) dazwischen.

Angesichts der Referendumsflut und insbesondere mit Blick auf das Referendum, das Studenten der Hochschule St. Gallen gegen die Parlamentsreform ergriffen haben, sagte FDP-Parteipräsident Franz Steinegger zu Bundesrat Koller, er könne schon dafür sorgen, dass auch die zweite Klasse der Sekundarschule Flüelen das Referendum gegen die Aktienrechtsreform ergreift. Die Schülerinnen und Schüler wüssten zwar auch nicht, warum es gehe, würden sich aber dennoch einspannen lassen.

FDP-Parteipräsident Franz Steineggers Kommentar zum bevorstehenden Loch in der Bundeskasse? – «Die nächste

Legislatur wird interessant. Dann kann man wieder regieren, weil kein Geld in der Kasse ist.»

«Es besteht die Gefahr, dass die Anforderungsprofile vor dem Spiegel gemacht werden», meinte FDP-Parteipräsident Franz Steinegger zum Vorschlag von Theo Fischer (svp., Aargau), längerfristig seien für die Bundesräte Anforderungsprofile herzustellen.

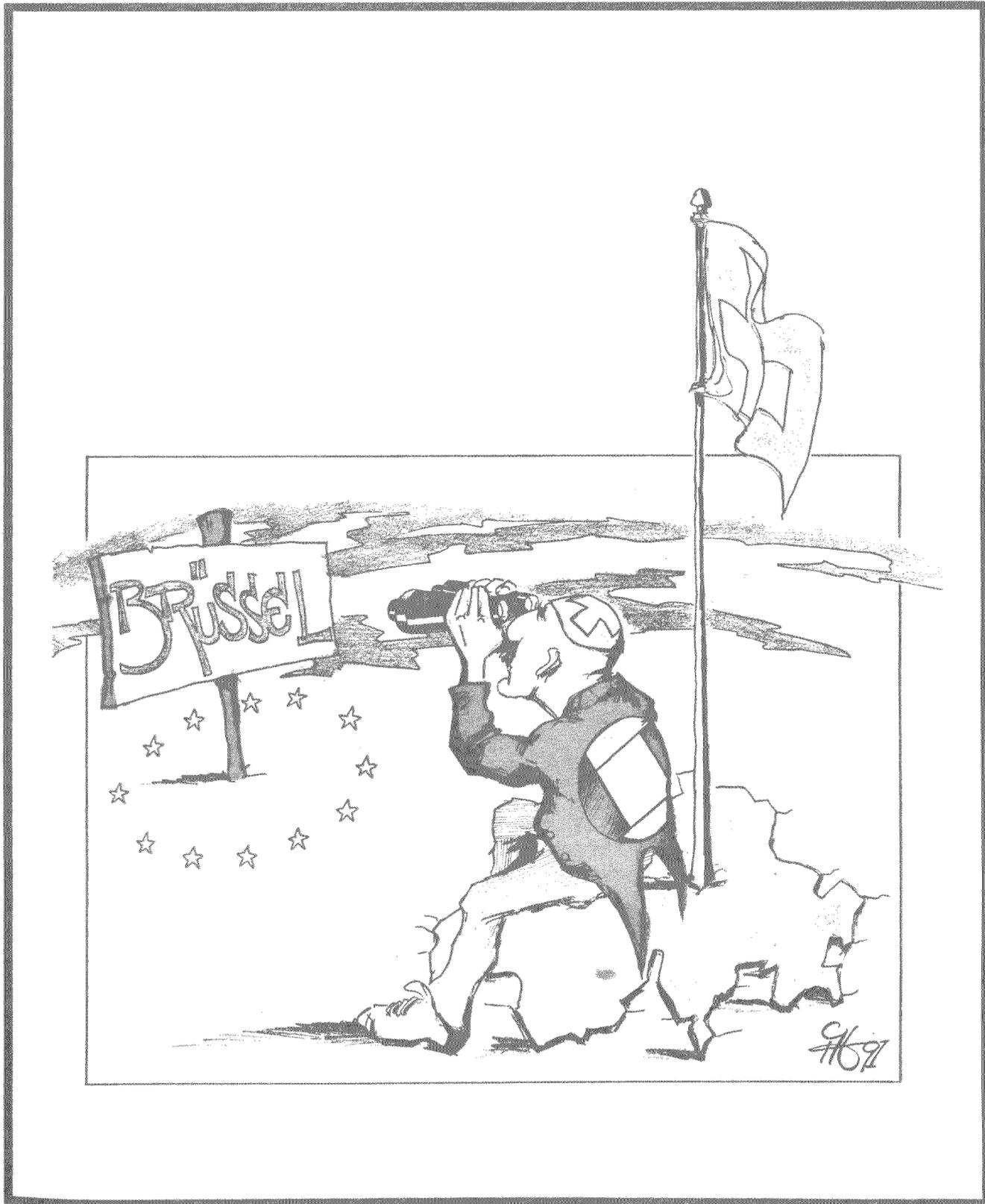
Gut aufgenommen fühlt sich der neugeküerte FDP-Nationalrat Luzi Stamm (AG) besonders von den Westschweizern. Gleich nach der Wahl hat er nämlich ein Gratulationsschreiben von Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz erhalten mit der Anschrift: Sehr geehrte Frau Nationalrätin Luzi Stamm...

Rund fünfmal wird er dieses Jahr schon auf der Rütliwiese gewesen sein, der abtretende Berner Ständeratspräsident Arthur Hänsenberger. Was er aber erst in einer schwachen Stunde verriet: Zuvor war er noch nie dort.

«Verena denkt nicht mehr an Vereina», meinte Bundesrat Adolf Ogi, nachdem sich Verena Diener (gp., Zürich) gegen die Beschleunigung bei Eisenbahngrossprojekten gewandt hatte.

Wie charakterisiert FDP-Parteipräsident Franz Steinegger die Demokratien in unseren Nachbarländern, die – wie man weiss – keine direkten Demokratien sind? Selbstbewusst und kühn nannte er sie «aufgeklärte Diktaturen». Besonders mit Blick auf unser Nachbarland Italien stellte Steinegger weiter fest, dass dort das Parlament zwar einen hohen Unterhaltungswert habe, die Politik sonst aber keine weitere Wirkung entfalte.

Eine schöne Wortschöpfung gelang Ständerat Robert Bühler (fdp., Luzern), als er eine «verbindliche Absichtserklärung» abgab.



Jungunternehmer ermuntern

Die europäischen Länder bewegen sich! Weg von der Eurosklerose hin zu einer Erneuerung. Einer Erneuerung, welche dem Einzelnen mehr Freiheit, mehr Entfaltungsmöglichkeit bietet, der gesamten Wirtschaft mehr Markt- und Wettbewerbsdynamik verschafft.

**Nationalrat
François Loeb (BE)**

In der Schweiz ist von dieser Aufbruchstimmung noch wenig zu spüren. Vor lauter Selbstbetrachtung und Nabelschau sind wir auf dem Wege, die liberale Verjüngungskur, die jugendliche Dynamik des Marktes, auf die sich Europa erfreulicherweise zubewegt, zu verschlafen oder gar zu verpassen. Die Bürokratie, die wir Europa, der EG und manchem unserer Nachbarländer vorwerfen, treibt uns zu Höchstblüten – kein Land hat zum Beispiel so komplizierte, lange Bau- bewilligungsverfahren wie wir.

In unseren Nachbarländern sind wieder vermehrt Unternehmensgründungen zu verzeichnen. Junge Menschen wagen einen selbständigen Neubeginn, gründen eine Existenz, bauen auf, verwirklichen Ideen. Und die staatlichen Stellen ebnen den steilen Weg, ermuntern, versuchen administrative Steine aus dem Weg zu räumen, denn sie sind sich bewusst, welche positiven Impulse gerade von dieser mutigen Gruppe von Jungunternehmern ausgeht.

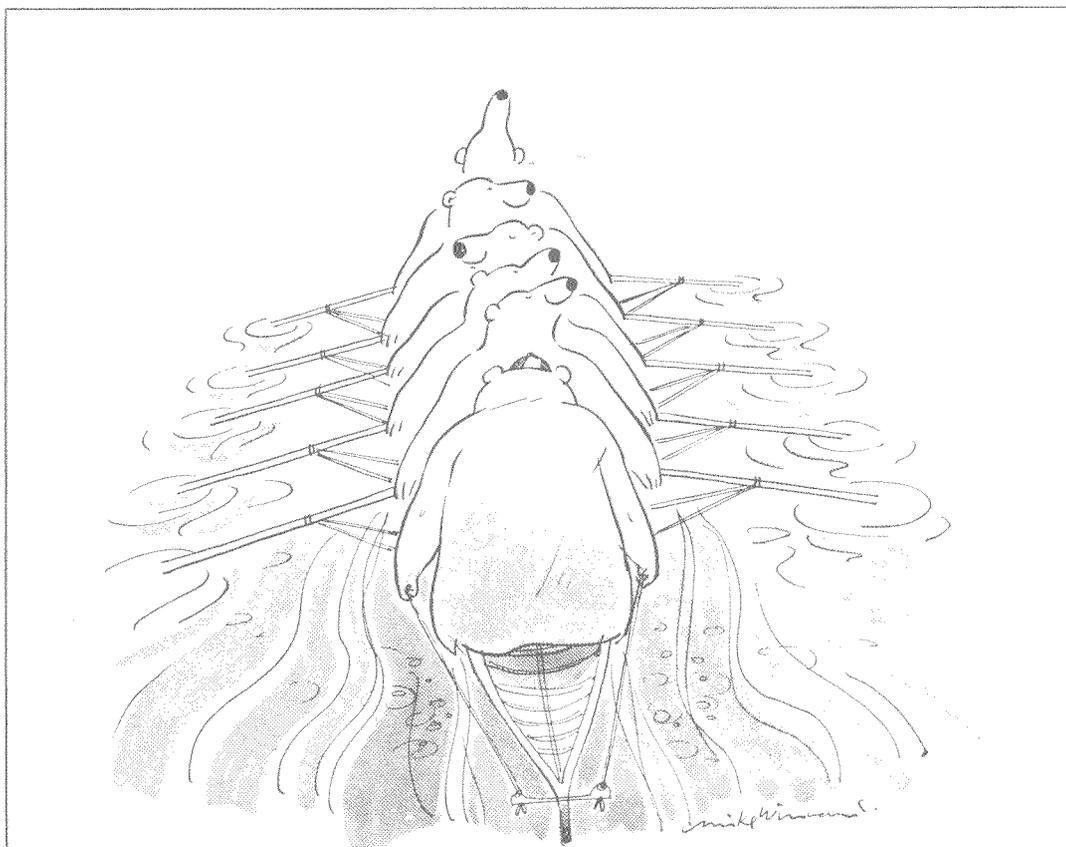
Wie sieht es in unserem Land aus? Jungunternehmern wird mit Skepsis begegnet, statt Steine wegzuräumen, werden Stolpersteine ausgestreut. Unternehmensgründern werden administrative Hemmnisse in den Weg gelegt. Formulare besiegen Ideen, Papier die Kreativität. Mit «chasseurs d'entreprise» jagen staatliche Stellen ausländischen Firmen nach, um sie in der Schweiz anzusiedeln, sicher ein positives Unterfangen zur Wirtschaftsförderung. Aber was machen wir, um Jungunternehmer in unserem Lande zu fördern, um jungen Menschen zu zeigen, wie sie eine Existenz gründen können? Welche kantonale Wirtschaftsförderung führt Jungunternehmerkurse durch? Welche staatliche Stelle ermuntert zur Unterneh-

mensgründung, welche versucht Bürokratie ab- statt auf- zubauen?

Aufbruch tut not und eine neue Sicht der Dinge. Entfal-

tungsmöglichkeiten müssen aufgezeigt, zementierte Strukturen bewegt, unsere junge Generation muss zur Unternehmensgründung ermuntert.

staatliche Bürokratie abgebaut werden! Europa, unsere Nachbarländer sind wirtschaftlich in Bewegung geraten, sie befürworten mehr Wettbewerb, mehr Markt, mehr Freiheit, mehr Entfaltungsmöglichkeit. Manch eidgenössisches Malaise könnte ausgeräumt werden, wenn auch wir den Mut hätten, diesen Weg zu beschreiten. Wagen wir es. Wir alle zusammen. Für die Zukunft unseres Landes. Für unsere Wettbewerbsfähigkeit. Für unsere jungen Menschen. □



Teamwork lohnt sich.

So ist das auch bei der Anlageberatung und Vermögensverwaltung.
Das Zusammenspiel aller Kräfte hält Ihr Vermögen
auf gutem Kurs.

JB^{co}B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11
Genf · Frankfurt · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Palm Beach
Mexico City · Hongkong · Tokio